

Bezugspreis:
Vierteljahr 3. — 12. monat. 12. — 3. —
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: monatlich 12. — 3. —, ein-
stellungsgeldfrei. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheingebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Rumänien 22. — 3. —, für
das übrige Ausland 24. — 3. —. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Rumänien, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag-
beilage „Woll und Feil“ der Unter-
haltungsbefolge „Drimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Ringarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schmalsteilste Kompatibilität
folgt 7. — 12. „Kleine Anzeigen“
das istgedruckte Wort 2. — 3. (zu-
lässig zwei fettgedruckte Worte) jedes
weitere Wort 1.30 M. Stellenanzeigen
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.30 M., jedes weitere Wort
1. — 3. M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 4. — 3. M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zweckungsabzug.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 15. November 1921

Vorwärts-Verlag S.m.d.h., SW 68, Lindenstr. 3
Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Das Schicksal der Deutschen Werke.

Der Zentralbetriebsrat bei General Nollet.

Wie wir bereits kurz meldeten, fanden gestern zwischen den Vertretern des Gesamtbetriebsrates des Werkes Spandau der Deutschen Werke unter Führung des Vorsitzenden Lueck im Auftrage der deutschen Arbeiterschaft mit General Nollet Verhandlungen statt. Bei der Besprechung war auch General Bingham zugegen. In der mehrstündigen Besprechung begründete der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates die Forderungen der Arbeitnehmer, die auf Zurückziehung der seit September 1921 gegen die Deutschen Werke erlassenen Noten abzielten. Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft ließen keinen Zweifel darüber, daß sie auf Erfüllung ihrer Forderungen bestehen würden. General Nollet erklärte, daß er die von den Arbeitnehmervertretern gegen die Entenmaßnahmen vorgebrachten Gründe für Aufhebung der Noten durchaus würdige.

Die Arbeitnehmer haben ihre weitere Haltung davon abhängig gemacht, ob durch die Vorkonferenz die baldige Rücknahme der Noten erfolgt.

Die Note der Reichsregierung über die Deutschen Werke ist dem Vertreter der französischen Regierung am Sonntag in Berlin überreicht worden. Da anzunehmen ist, daß die Note im Laufe des Montags in den Besitz der französischen Regierung gelangte, kann mit ihrer Veröffentlichung am Dienstag gerechnet werden.

Gegen Malzahns Arbeiterverrat.

Erfurt, 14. November. (WZB.) Die Gesamtarbeitergesellschaft der Deutschen Werke A.-G. Werk Erfurt protestiert in einer Entschließung gegen die Erklärungen des Reichstagsabgeordneten Malzahn in der Reichstagsitzung vom 10. November d. J. Es sei un wahr, daß im Werk Erfurt jetzt oder nach Ausbruch der Revolution jemals Maschinengewehre angefertigt worden seien. Un wahr sei es auch, daß in derselben Zeit überhaupt eine Patrone hergestellt worden sei. Am Schlusse der Entschließung heißt es: Der Gesamtbetriebsrat bittet den Reichstag, den Abgeordneten Malzahn zu veranlassen, seine unwahren Behauptungen zu widerrufen.

Der Gewaltakt gegen die Deutschen Werke.

In einem Bericht des Werkes Wolfgang bei Hanau an die Hauptverwaltung der „Deutschen Werke A.-G.“ in Berlin über den Fortgang der von der Interalliierten Militärkontrollkommission angeordneten Zerstörungsarbeiten heißt es, der T. L. zufolge, u. a.: „Wir hatten heute den Besuch des Kommandanten Goffe von der Interalliierten Militärkontrollkommission, Frankfurt a. M., und der Herren Ferrari (von BLMG. in Berlin) und Herrn Tadoul (B.M.G.) in Frankfurt. Die Herren bemerkten, unter ausdrücklicher Betonung, daß sie nicht in der Lage seien, an den Vorschriften der Interalliierten Militärkontrollkommission etwas zu ändern, daß aber die erfolgte bzw. angeordnete Zerstörung viel zu weitgehend sei. Bezüglich der Kapselgebläse, die auf Anordnung des Herrn Goffe zerstört werden müßten, meinte Herr Ferrari, daß diese so gut wie in jeder anderen Gießerei in Italien sehr gut hätten verwendet werden können. ... Die Zerstörungen, soweit dagegen Einspruch nicht erhoben ist, sind auch in den letzten Wochen fortgesetzt worden. Bei den Prüfungen der darüber hergestellten Verzeichnisse bemerkte Herr Goffe in vielen Fällen, daß Vernichtung, wenn auch wesentlicher Teile einer Maschine, einer Zerstörung der ganzen Maschine nicht gleich zu achten sei. Es sind deshalb bei einer Reihe von Maschinen die Eisenteile sollen stückweise geschnitten, sämtliche Zahnräder zerlegt werden, Nacharbeiten nötig. Diese neuerliche Stellungnahme entspricht nicht der früheren, von Herrn Goffe gegebenen Vorschrift, nämlich zur Befehlsmäßigkeit der Zerstörung nur die wesentlichen Teile zu vernichten. Es ist überhaupt bemerkenswert, daß Herr Goffe, im Widerspruch zu seiner sonstigen Schärfe, bei seinen Vorschriften nicht klar und konsequent ist, indem er einmal gestattet, daß eine Maschine erhalten bleibt, das nächste Mal deren Zerstörung verlangt, unter ausdrücklicher Genehmigung, daß die Vernichtung der wesentlichen Teile genügt, beim nächsten Mal aber diese Zerstörung als nicht weitgehend genug bezeichnet. Aus dem Schreiben der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 22. d. M. ergibt sich ferner, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission die Fortsetzung der Wagon- und Lokomotivrepauratur von ihrem jederzeit beliebigen Widerruf abhängig macht. Die gestrige Versicherung, wir könnten auf unserem Grundstück feinstenweges Kartoffeln bauen, wurde heute in Zeugen gegenwart von Herrn Goffe bei einer mehr allgemeinen Unterhaltung nochmals wiederholt.“

Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Von Dr. Ing. Martin Wagner.

In der demnächst erscheinenden Nummer der „Sozialen Bauwirtschaft“ berichtet Dr. Wagner als Teilnehmer an den bisherigen Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Organisationen über den Wiederaufbau. Wir geben diesen Bericht verkürzt wieder.

Woran liegt es, daß der Wiederaufbau von Nordfrankreich so geringe Fortschritte macht?

Jenseits der französischen Grenze ist man zu leicht geneigt, den Franzosen die heftigsten Vorwürfe darüber zu machen. Man glaubt, daß Amerika und Deutschland, die Länder der modernen Organisation, ganz andere Erfolge in kürzerer Zeit erreicht hätten. Diese Kritiker vergessen aber, daß die zerstörten Gebiete nicht in Amerika, auch nicht in Deutschland, sondern in Nordfrankreich liegen und den französischen Gesetzen und der französischen Gefühlswelt unterstehen. Hinzu kommt, daß die französischen Hilfsquellen, die verfügbaren Arbeitskräfte und Materialien gar nicht ausreichen, um das Riesenwerk des Wiederaufbaues in kürzester Frist durchzuführen.

Wenn man den Franzosen einen Vorwurf in der Wiederaufbauaufgabe machen will, dann kann es nur der sein, daß sie ihre ganze Politik auf die Hilfe anderer Nationen nicht eingestellt und daß sie den organisatorischen Rahmen für den Wiederaufbau zu eng auf die eigenen Hilfskräfte zugeschnitten haben. Sedenfalls sind auch heute noch die gesetzmäßigen verwaltungstechnischen Grundlagen für eine internationale Wiederaufbauhilfe nicht förderlich.

Liest man den Bericht der französischen Gewerkschaften, dann ist man erstaunt zu hören, mit welchen Reibungsflächen der von den Franzosen geschaffene Wiederaufbauapparat arbeitet. Der stark zentralistisch aufgebaute Apparat bringt es mit sich, daß, wie die Geschädigten berichten, die Wiederaufbauarbeiten oft eingestellt werden mußten, weil die Zahlungen des Staates ins Stocken gerieten. Dadurch konnten in Nordfrankreich bisher nur die kapitalkräftigen oder kreditwürdigen Regionen die zerstörten Gebäude wieder aufbauen. Es ist also in erster Linie die unzureichende Lösung des Finanzproblems, die bisher eine erfolgreiche Arbeit verhindert hat. Inwiefern das Schlagwort: „Die Deutschen müssen zahlen“, den Wiederaufbau behindert hat, wollen wir ganz dahingestellt sein lassen.

In zweiter Linie ist es der Mangel an Material und die Preisgestaltung der Baustoffe, die den Wiederaufbau verhindert haben. Die Denkschrift der französischen Gewerkschaften berichtet, daß die Baustoffspekulanten und die Baustoffhändler, durch hohe Zölle gegen die Einfuhr ausländischer Baustoffe geschützt, ein Baustoffmonopol in der Hand haben, das sie zu privatem Nutzen nur allzuoft und allzu reichlich ausnützen. Während die Arbeitslöhne nur auf das 4,8fache gestiegen sind, follet die Materialpreise das 7- bis 10fache des Friedenspreises erreicht haben. Man geht sogar soweit, Baustoffe zurückzuhalten, um eine günstigere Preissteigerung zu erreichen.

Ebenso wie das privatkapitalistische Baustoffgewerbe arbeitet das private Bauunternehmertum. Wir hören, daß die privaten Bauunternehmer 80 bis 100 Proz. Gewinnaufschlag auf die Arbeiterlöhne verbuchen. Wir wissen nicht, ob der obige Gewinn die Ausnahme oder die Regel bildet. Sicher ist aber, daß es den privaten Unternehmern in der völlig zerstörten sogenannten „toten Zone“ äußerst erswer ist, zuverlässige Kalkulationen aufzustellen. Die Folge ist, daß jeder Unternehmer in seine Kalkulationen einen besonders hohen Risikoaufschlag hineinrechnet, um jeden Schaden abdecken zu können.

Es ist einleuchtend, daß diese Widerstände, die sich dem erfolgreichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entgegenstellen, in den Kreisen der Geschädigten große Enttäuschungen und Bestimmungen ausgelöst haben. In den primitivsten Wellblech- und Holzbaracken untergebracht, harren die Geschädigten schon seit Jahren sowohl auf die endgültige Festlegung der Entschädigungssumme als auch auf Arbeitskräfte und auf Baustoffe, die sie unter den heutigen Verhältnissen mit der ihnen zugebilligten Entschädigungssumme nicht beschaffen können. In wachsendem Maße begannen sich darum die Geschädigten zu Genossenschaften zusammenzuschließen, um die Selbsthilfe, aber auch die Opposition gegen Staat, Behörde, Unternehmer- und Händlertum zu organisieren. In diesem Stadium der Entwicklung des Wiederaufbau-Problems traten die Organisationen der französischen Hand- und Kopfarbeiter (Confédération générale du travail und Ustica) auf den Plan und saßten den Beschluß, die internationale Hilfe, als den einzig möglichen Ausweg aus der Not ihres Landes, zu organisieren.

In der richtigen Erkenntnis, daß die Annäherung der Interessen Frankreichs und Deutschlands erfolgreicher auf zunächst schmaler Basis zu erreichen sei, wurde von den beteiligten Organisationen Frankreichs zunächst der Plan erörtert, einen kleinen Abschnitt des zerstörten Gebietes

Henderson gegen den Alliiertenvertrag

London, 14. November. (WZB.) In einer Rede in Liverpool erklärte Henderson, die englische Arbeiterschaft sei der Ansicht, Deutschland müsse bestimmte gerechte Reparationen leisten. Die Verminderung der Produktionskraft Deutschlands durch die Teilung Oberschlesiens mache dies jedoch unmöglich. Die englischen Arbeiter verurteilten die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und seien der Ansicht, daß die auferlegten Bedingungen die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland verhindern.

In einer Rede in Newcastle erklärte Ramsay MacDonald, die Washingtoner Konferenz sei eine Wiederholung der Haager Konferenz, und wenn man sich nicht aufraffe, so werde man einen neuen schrecklichen Krieg haben, der noch zerstörender und ebenso sinnlos sein werde wie der letzte.

Die Hughesbombe.

New York, 13. November. (WZB. Funkspruch.) „New York Times“ meldet aus Washington: Als die Abrüstungskonferenz sich am Sonnabend verlagte, war die allgemeine Ansicht, Hughes Vorschlag bezüglich der Einschränkung der Flottenrüstungen wirke wie eine Bombe. Die Marinexperten nahmen ihn aber ruhig auf, Admiral Kato, das Haupt der japanischen Delegation, sagte: Der Vorschlag ist der konkreteste und logischste Antrag, den ich jemals gehört habe. Ob er unmittelbar in die Praxis umgesetzt werden kann, muß geprüft werden. „New York Tribune“ schreibt: Hughes packte den Stier lühn bei den Hörnern. Hughes' Vorschlag ist Amerikas bemerkenswerter Beitrag zu einem Erfolg der Konferenz. Sind Großbritannien und Japan geneigt, einen ähnlichen Beitrag zu leisten? Werden sie vielleicht sogar veranlaßt werden, mehr zu bieten?

Washington, 14. November. (WZB.) Briand und Bionani hatten mit Senator Lodge in seiner Wohnung eine einündige Besprechung. Bionani sagte nachher, die Konferenz werde in wenigen Tagen zu Ende geführt, die Hauptfragen bis zum 15. Dezember geregelt sein. Die Ausarbeitung der Einzelheiten überlasse man dann der Sachverständigenkommission. Ähnlich äußerte sich Balfour gegenüber Journalisten. Er sagte u. a.: „Ich bin der Auffassung, die Konferenz entspricht den Wünschen der ganzen Welt, und ich hoffe daher, daß sie sich nicht, wie die Amerikaner ankündigen, monatelang hinziehen wird. Es liegt gar kein Grund vor, warum diese Konferenz ebenso lange dauern soll wie die Pariser Friedenskonferenz.“

Washington, 14. November. (WZB.) Offiziell wird angekündigt, daß morgen auf der Konferenz Balfour im Prinzip den amerikanischen Vorschlag, betreffend die Begrenzung der Rüstungen zur See, annehmen wird.

Paris, 14. November. (WZB.) Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Tokio steht das japanische Budget für das kommende Jahr im Abschnitt für das Heer eine Herabsetzung von 273 Millionen auf 253 Millionen, für die Flotte eine solche von 490 auf 394 Millionen Yen vor.

Nordamerika und der Marksturz.

Paris, 14. November. (WZB.) Die hiesige „Chicago Tribune“ meldet: Führende amerikanische Finanzleute haben an den Senat und die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der angesichts des rapiden Sturzes der deutschen Mark das Ersuchen gestellt wird, auf der Washingtoner Konferenz die Finanzfrage und die Konsolidierung der Marktwährung zur sofortigen Beratung zu stellen.

New-York, 13. November. (WZB. Funkspruch.) „Associated Press“ meldet aus Washington: Die Veröffentlichung der Friedensproklamation wird für Anfang nächster Woche erwartet. Es wird behauptet, Amerika würde bereit sein, Vorschläge Deutschlands entgegenzunehmen, durch welche der Handelsvertrag von 1913 erfüllt wird.

Der Saarbrücker Konflikt.

Saarbrücken, 14. November. (WZB.) Der Verwaltungsausschuß der Saarregierung hat auf Grund des § 53 Absatz II des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung in Preußen vom 30. Juli 1883 bestimmt, daß den Gemeindefunktionären ihre Bezüge in Franken ausgezahlt werden müssen! Da drei Viertel der Saarbrücker Einwohner nur Markteinkommen haben, also auch nur in Mark Steuern, Gas, Wasser und Strom bezahlen können, ist nicht abzusehen, wie die Stadt diesen Befehl ausführen soll.

400 Millionen Mark für Oppau.

Ludwigshafen, 14. November. (WZB.) Die für die Verunglückten in Oppau von den verschiedenen Organisationen und Behörden eingesetzten Sammlungen, einschließlich der Sammlungen der Zeitungen, haben bisher den Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark ergeben.

zum Versuchsfeld internationaler Arbeitsleistung zu machen. Dieser Plan fand die grundsätzliche Zustimmung der Geschädigten des betreffenden Gebietes sowie der französischen Arbeiter und Techniker. Damit war der Weg freigemacht für eine Verhandlung zwischen den deutschen und französischen Arbeiterorganisationen, die auf Einbindung der Confédération générale du travail vom 28. Oktober bis 2. November in Paris stattfand. Diese Verhandlungen sind nicht auf die Initiative der deutschen Arbeiterorganisationen, sondern ausschließlich auf die Anregung der französischen Arbeiterorganisationen zurückzuführen. Nachdem der jetzt zurückgetretene Wiederaufbauminister Dr. Rathenau sich vergeblich bemüht hatte, die Zustimmung der französischen Regierung für Entsendung deutscher Arbeitskräfte nach Nordfrankreich zu erreichen, konnten die deutschen Gewerkschaften von sich aus nichts unternehmen.

Die französischen Kameraden haben den deutschen Vertretern von der Stunde ihrer Ankunft bis zu ihrer Abfahrt die denkbar herzlichste Aufnahme bereitet. Die tagelangen und sehr mühevollen Verhandlungen wurden im Geiste menschlichen Verständnisses der gegenseitigen Notlage beider Nationen mit dem festen und aufrichtigen Willen geführt, eine internationale Nothilfe zu organisieren. Nicht der leiseste Schatten des Mißverständnisses trübte die ernste Arbeit beider Delegationen. Diese Einstellung von Mensch zu Mensch war um so erhebender, als die deutschen Delegationen Gelegenheit hatten, eine Trümmerstätte des Weltkrieges mit allen Merkmalen grausamster Zerstörung zu sehen. Der Abschnitt zwischen Chaumes und Béronne, der als das erste Versuchsfeld internationaler Nothilfe ausersehen war, bedeckt Totenfelder neben Totenfeldern. Die deutschen Soldaten ruhen dort zwischen den französischen und englischen Kriegsteilnehmern und soweit das Auge reicht: Zerstörung und Zerstörung! Die durch Gas und Granaten gelöteten Bäume und Wälder recken die kahlen Äste gen Himmel. Neben wüsten, mit Unkraut überwucherten Trichterfeldern, neben Schützengräben und Drahtverbau sieht man mit viel Fleiß und Mühe bestellte Felder, die die Narben der Einschläge und Schützengräben noch klar erkennen lassen. Die Wohnstätten sind heute noch Trümmerhaufen, und die wenigen Menschen, die den Mut gefunden haben, in dieses Trümmerfeld zurückzukehren, wohnen unter großen Entbehrungen seit Jahr und Tag in primitivsten Wellblech- und Holzbaracken. Eine alte Frau, deren Sohn im Felde gefallen und deren Mann in der von ihr bewohnten Wellblechbaracke gestorben ist, zeigte uns ihr Heim. Mit Haß? Nein! Sie empfing uns, wie alle anderen Geschädigten mit der Bitte: „Helft uns, unser Heim aufzubauen!“ Wahrlich, hier ist ein Feld für Nothilfe, für wahrhafte Beweise internationaler Verständigung, nicht für Lippenbekenntnisse und Händedruck, sondern für harte, hingebungsvolle Arbeit.

Wie schon oben gesagt, haben die französischen Organisationen der deutschen Delegation angeboten, mit ihr gemeinsam 11 im Somme-Abschnitt, zwischen Chaumes und Béronne liegende Dörfer wieder herzustellen. In diesen Dörfern wohnten vor dem Kriege 3741 Einwohner, von denen bis heute knapp 1700 zu ihrem heimatlichen Boden zurückgekehrt sind. Insgesamt sind 368 Arbeiterhäuser, 78 Geschäftshäuser, 79 Bürgerhäuser, 195 Bauernhöfe kleineren und größeren Umfangs, 11 Bürgermeistereien, 12 Schulen, 11 Kirchen, 3 Postgebäude und 1 Volkswohlfahrtshaus wiederherzustellen. Der Wert dieser Gebäude belief sich vor dem Kriege auf wenig über 13 Millionen Francs und wird heute auf etwa 60 Millionen Francs abgeschätzt.

An der gesamten Verwüstung gemessen, ist diese Aufgabe gewiß keine große und trotz Deutschlands Verarmung in kürzester Zeit wohl zu bewältigen, sofern es den französischen Kameraden gelingt, der mannigfachen politischen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich dem Einfluß deutscher Arbeitsleistung in diesem Gebiet noch entgegenstellen.

Der Vorschlag, den die französischen Gewerkschaften der deutschen Delegation unterbreiteten, ging dahin, diese elf

Dörfer von einem gemeinnützigen Unternehmen nach der Art unserer Bauhütten oder der englischen Guilden wieder aufbauen zu lassen. Die Vorbereitungen für diesen Wiederaufbau haben die Geschädigten bereits in die Hand genommen. In jedem Dorf sind die Geschädigten zu einer Genossenschaft zusammengezogen. Die elf Genossenschaften werden zurzeit zu einer Zentralgenossenschaft vereinigt. Arbeitskräfte und Baustoffe, sofern diese nicht an Ort und Stelle hergestellt werden können, sollen von Deutschland bereitgestellt werden. Ueber die Finanzierung des Unternehmens soll baldigst in Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung Klarheit geschaffen werden.

Wie weit die Geschädigten dieses Abschnittes ihren Gemeinfinn zur Entfaltung gebracht haben, geht schon daraus hervor, daß sie ihren, vor der Zerstörung stark zersplittert liegenden Grundbesitz durch ein vereinfachtes Umlegeverfahren zu einem geschlossenen Besitz zusammengelegt haben. Ein Dorf hat es sogar übernommen, den gesamten Boden durch eine Genossenschaft gemeinschaftlich zu bestellen. Man muß den französischen Charakter kennen, um diese Entfaltung des Gemeinfinns richtig einschätzen zu können.

Nach weiterer Klärung des Planes durch eine Besprechung mit dem französischen Minister Loucheur, die bekanntlich günstig verlief, und mit den beteiligten Organisationen, wurde eine weitere Verhandlung über die Einzelheiten der Durchführung, diesmal auf deutschem Boden, in Frankfurt a. M., in Aussicht genommen.

Die deutschen Delegierten haben die französischen Kameraden sowie die Geschädigten nicht im Unklaren darüber gelassen, daß die deutsche Hilfe nicht an gutem Willen, sondern höchstens am finanziellen Können eine Grenze finden werde. Auch muß es Aufgabe der französischen Kameraden sein, alle Widerstände sachlicher und verwaltungstechnischer Natur aus dem Wege zu räumen, ehe der Einfluß deutscher Hilfe mit praktischem Erfolg möglich ist. Die Verantwortung für das Gelingen des ersten Versuches muß darum auf beiden Seiten zur Entfaltung äußerster Kraftanstrengung und sorgfältigster Ueberlegung führen. Französische Arbeiter und Techniker haben deutschen Arbeitern und Technikern die Hände gereicht! Es darf beim Handschlag nicht bleiben. Die internationale Brücke muß gebaut werden.

Reichsregierung und Reparation.

Das Reichskabinett trat gestern nachmittags 6 Uhr im Beisein der Staatssekretäre, die in den nächsten Tagen die Verhandlungen mit der Reparationskommission führen werden, zusammen, um auf Grund der Wirtschaftslage die Erfüllung unserer weiteren Verpflichtungen zu besprechen. Insbesondere wurden die Punkte beraten, die in den kommenden Tagen Gegenstand der Besprechungen zwischen Reparationskommission und Reichsregierung sein werden. Endgültige Beschlüsse werden erst heute gefaßt werden. Auch die Kredithilfe der Industrie und deren Forderung auf Entstaatlichung der Eisenbahnen unterliegt der Kabinettsberatung am heutigen Tage. Es sind gelegentliche Maßnahmen in Aussicht genommen, die dem Reiche vorläufig das an Erträgen bringen, was es in den ersten Monaten zur Erledigung seiner Verpflichtungen nach Uebereinkunft mit der Reparationskommission bedarf.

Die Meldungen über irgendwelche offizielle Verhandlungen der Reichsregierung mit Vertretern der Reparationskommission entbehren jeder Grundlage. Bisher sind keine offiziellen Verhandlungen geführt worden. Die Regierung beabsichtigt, die Öffentlichkeit von ihren Entschlüssen und einem eventuellen Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission in Kenntnis zu setzen, sobald das Staatsinteresse das gebietet. Bei gegebener Zeit wird die Regierung weiterhin dem Reichstag von dem Stand der Dinge unterrichten.

Stimmen zur Erhöhung der Postgebühren.

Von Fritz Müller-Chemnitz.

Die „ewige Braut“: Hoffentlich wird ihm das Porto für die Liebesbriefe zu teuer, daß er mich nun endlich heiratet! Der Briefträger: Wenn weniger Briefe und Postkarten geschrieben werden, kann mir's nur recht sein!

Der Ex-Monarch: Verdammte Revolution! Wie schön wäre jetzt die Portofreiheit!

Ein ganz Schläfer: Welch ein Glück, daß ich mich mit alten Marken hinreichend eingedeckt habe!

Der Schriftsteller: Sehr geehrte Schriftleitung! Anbei sende ich Ihnen einen Aufsatz über die neuen Postgebühren. Bitte wollen Sie ihn abdrucken, bevor die darin enthaltenen Zahlen durch die nächste Erhöhung überholt sind!

Der Student: Damit mich mein Onkel weiterhin unterstützt, möchte ich ihm für seine Postanweisungen das Porto ersparen!

Der deutsch-nationale Versammlungsredner: Wollen Sie, daß — wie es früher der Fall war — ein Brief 10 und eine Postkarte 5 Pfennige Porto kosten soll, dann müssen Sie deutsch-national wählen!

Der Brechdachs: Mich stört es nicht. Ich schreibe nicht anders als unfrankiert!

Der Bureaufrat: Infolge der erhöhten Postgebühren und der sich deshalb notwendig machenden Anwendung derselben auf die durch unsere Geschäftsstelle zu ergebenden Postkästen macht sich die Einstellung zweier neuer Beamter und dreier Hilfskräfte notwendig. Einer, der überhaupt nicht schreibt! Gegen derartige Luxussteuern habe ich nichts einzuwenden!

Der „notleidende Hausbesitzer“: Infolge der erhöhten Postgebühren bin ich gezwungen, meine Mieter um 25 Prozent zu steigern.

Der Kommunist: Ich weiß nicht, ob ich über die neuen Gebühren schimpfen soll oder nicht, da ich noch keine Werbung aus Moskau erhalten habe.

Der Besucher: Um Porto zu sparen, will ich meinen Glückwunsch persönlich abgeben.

Der Proh: Meinnetwegen kann ein Brief 100 Mark kosten. Mir kann's ja!

Ein alter Beamter: Wenn noch eine Erhöhung eintritt, suche ich um meine Verlegung in den Ruhestand nach. Ich habe keine Lust, auf meine alten Tage so oft umzukommen!

Der Sozialdenkende: Die Postgebühren müßten eigentlich nach dem Einkommen und nach dem Familienstand gestaffelt werden!

Das Reichspostministerium: Deutsche, schmeißt fleißig Briefe! Die Post will auch leben!

Eugen Onegin. So undramatisch das Werk Tschaikowskys in seinen Linien ist, wenn Bewegung im Spiel ist, so lyrisch und duftig wird es, wenn die Szene stillsteht. Alles wird in Schönheit gesungen, das Lieben und das Hassen, die Eifersucht und die Leidenschaft, und aus einem Drama der Handlung und der Gegensätze wird ein Bilderbuch, ein Aneinanderreiben von Gefühlen und Stimmungen. Russisch. — In der Charlottenburger Oper hüllten sich die Landsleute frierend in ihre Pelze. Der Star Smirnow aus Petersburg singt mit heimatischem Dione. Der schlankste Tenor behält seinen Oboenklang, aber die Belächelung, die zärtliche Behandlung des Pöbels, die elegante Spielmanier, die Weltmannallüre entzückt. Bohnt sich Leusis Eifersucht bei einer so knorrenden Olga? Stagemann besteht schauspielerisch gut neben dem Russen. Dieser Onegin ist gut und treu und schickelgezeichnet, ein Mann aus einem Guß. Hoff verachtet man, doch sein Bariton unausgleichbar, malt ist. Und Tatjana! Herta Stolzenberg, sehr begabt und immer höher strebend, erreicht und ertast nicht ein Viertel von der in Tatjana latenten Seelengröße, sie singt die wundervolle Nachfolge des zweiten Bildes nur richtig, ohne Affektsteigerung. Auch später ist sie bedachtig, überlegt, zorbekannt, lindhaft. Ihre Stimme wächst. Ihr Spiel möge frei werden von Konvention. Sonst müssen wir uns alle, die wir nach Charlottenburg pilgern, einhüllen in wärmende Pelze. R. S.

Der Schaufensterwettbewerb für die Berliner Buch-, Kunst- und Musikalienhändler, der im Anschluß an die Ausstellung „Buch und Bild“ stattfindet, hat sein sehr glanzvolles Resultat gezeitigt. Von den zur Verfügung gestellten 5 goldenen und 15 silbernen Plaketten konnten nur 3 goldene und 10 silberne verteilt werden. Die goldenen erhielten: Karl Schnabel, Potsdamer Str. 8, die Buchhandlung „Atlantik“, Mohrstr. 21, und das Graphische Kabinett, Kurfürstendamm 232; die silbernen: Hugo Kother, Eichhornstr. 8, Hermann Bahr, Anstr. 43, Hermann Tieg, Leipziger Str. 46-49, die Neue Kunsthandlung, Tauentzienstraße 6, die Stührsche Buchhandlung, Kurfürstendamm 13, die Bücher-Diele, Kurfürstendamm 190-192, Willy Weise, Köthener Str. 35, Max Teichner, Sieglitz, Schloßstr. 93, Fischer u. Co., Behrenstr. 17, und J. M. Späth, Königsstr. 52.

Was diesen Wettbewerb charakterisiert, ist weniger der Mangel an gutem Geschmack als das fast zänzliche Ausbleiben neuer Ideen. Man begnügt sich im allgemeinen damit, die Schaufenster etwas sorgfältiger zu arrangieren als gewöhnlich, aber man verzichtete auf jeden Versuch, durch originelle und geistreiche Anordnung neuartige Effekte zu erzielen. Blumenvasen, buntschichtige Stoffe und allerhand Nippesgegenstände dienten zur Dekoration. Das Buch als solches, und zwar nicht nur das bibliographische Kunstwerk, sondern auch das Massenprodukt, zu wirksamer Geltung zu bringen, wurde nur in wenigen Fällen mit Erfolg versucht. Wie wir hören, soll der Wettbewerb demnächst wiederholt werden. Es wäre zu wünschen, daß man denn auch ein Problem herausschlichtet, das diesmal ganz vernachlässigt worden ist: nämlich eine zweckmäßige und geschmackvolle Form für die Preisangaben zu finden.

„König Rupprecht“.

Die königliche Ueberhebung des Herrn Rupprecht Wittelsbach hat uns kürzlich veranlaßt, aus dem Heidenleben dieses prinziplichen Heerführers ein bezeichnendes Stückchen zum besten zu geben. Dazu wird nun der „Frankfurter Zeitung“ ergänzend geschrieben:

Zu dem Bericht des „Vorwärts“ über die Flucht des damaligen Armeeführers Rupprecht von Bayern kann aus genauer Kenntnis der Vorgänge noch einiges mitgeteilt werden. Prinz Rupprecht hat sich damals nicht nur in die Wohnung des spanischen Gesandten zurückgezogen, sondern sich ausdrücklich unter Berufung auf seine Verwandtschaft mit dem spanischen Königshaus unter den Schutz des spanischen Gesandten gestellt. Das geschah, zugleich ihm aus Kreisen der deutschen Brüsseler Behörden, die damals zum Teil noch im Amt waren, volle persönliche Sicherheit gewährleistet und außerdem die unbehängte Fahrt nach München zugesichert wurde. Man konnte es in den deutschen Kreisen nicht verstehen, daß ein deutscher Heerführer und Mitglied eines regierenden Hauses unter solchen Umständen in den Schutz einer fremden Macht flüchtete.

Durch solche Tatsache aber wird die Begeisterung der bayerischen Rechtskonservativen für den Thronprätendenten nicht getrübt. So läßt sich die „Deutsche Zeitung“ aus München schreiben:

In der Proklamation, mit der König Rupprecht den Bayern für die zahllosen Beileidungsbekundungen zu dem Hinscheiden seines Vaters dankte, heißt es denn auch nur, daß er in die Rechte seines Vaters eintrete, also ebenso wenig wie dieser auf den Thron verzichte. Auf seiner Flucht aus München erklärte der verewigte Monarch, daß er nie mehr zurückkehren werde, es sei denn, daß man ihn hole. Auch König Rupprecht denkt nicht daran — dies kann mit aller Bestimmtheit versichert werden —, sich etwa der Krone seiner Väter durch einen Fußsch wieder zu bemächtigen; auch er wartet, bis man ihn holt. Daß aber die Wittelsbacher über kurz oder lang von den Bayern wieder zurückgeholt werden, ist für jeden Kenner der bayerischen Volksseele zweifellos.

Daß „König Rupprecht“ nicht ohne Bruch der Reichsverfassung und Zerreißung der Reichseinheit „geholt“ werden kann, wissen auch die bayerischen Monarchisten. Aber das lört sie nicht. Sie treffen in aller Öffentlichkeit ihre Vorbereitungen zum Hochverrat wider das Reich.

Im Zusammenhang damit hat vielleicht auch die folgende Meldung Interesse:

Gegenüber den immer wieder auftauchenden Behauptungen, der ehemalige Kronprinz Rupprecht habe bei der Besetzung seiner Eltern einen Fußsch zur Wiederherstellung der Monarchie beabsichtigt oder gefördert, erfährt die Telegraphenunion von informierter Stelle, daß Kronprinz Rupprecht bei dem Hinscheiden seines Vaters sich dahin geäußert habe, daß er der Regierung keinerlei Schwierigkeiten machen werde und die Wiederherstellung der Monarchie nur auf verfassungsmäßigem Wege erstreben werde. Diese Äußerung ist den maßgebenden Stellen schon vor der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen aus Saragossa bekannt gewesen.

Das Bemerkenswerteste an dieser Meldung ist, daß in ihr nur die Beteiligung Rupprechts an Aufschabsichten, nicht aber diese selbst bestritten werden. Daß sie bestanden haben, muß man vielmehr aus der Meldung geradezu schließen: denn wenn sie nicht bestanden hätten, welche Ursache hätte Rupprecht gehabt, sich schon von Ungarn aus zu ihnen zu äußern?

Der demokratische Parteitag hat gegen eine kleine Minderheit folgenden Antrag Mager-Berlin angenommen: „Die Deutsche Demokratische Partei verurteilt die verwerfliche parteipolitische Ausnützung der Flaggensfrage. Sie tritt nach wie vor für den Schutz der verfassungsmäßigen Flagge ein und warnt davor, durch Fortsetzung unfruchtbarer Streits die Geschlossenheit der verfassungstreuen Parteien zu gefährden.“

Revision. Wie aus Köln gemeldet wird, ist in dem Prozeß wegen der Wittelsbacherlieferung an die Sicherheitspolizei von den Rechtsanwälten Dr. Alsbach und Dr. Beschke (Berlin) für sämtliche wegen Verurteilung der Wittelsbacher angeklagten Angeklagten Revision beim Reichsgericht angemeldet worden.

Archipentos Atelier ausgebrannt. Der große russische Bildhauer Alexander Archipent, der seit einigen Monaten seinen Wohnsitz und seine Arbeitsstätte in Berlin aufgeschlagen hat, ist von einem schweren Schicksalsschlag getroffen worden. Als er am Sonnabendabend mit seiner Frau heimkehrte, fand er sein am Kaiserdamm 4 gelegenes Atelier in Flammen stehen. Das Feuer, das durch Kurzschluss verursacht worden war, hat nicht nur die gesamte Einrichtung, sondern auch über hundert Arbeiten Archipentos — Skulpturen, Zeichnungen, Entwürfe usw. — vollständig vernichtet. Nur wenige plastische Werke, die sich im Hinterhof befanden, sind gerettet worden. Das Unglück trifft den Künstler um so schwerer, als er gerade eine große Ausstellung in einem Berliner Kunstsalon vorbereitet.

Bravo, Anatole France! Die Pariser russischen Blätter berichten, daß Anatole France beschloffen habe, die ganze Summe der ihm zuerkannten Nobelpreise für die hungernden Sowjetrußlands zu opfern.

50 Kilometer in Flammen. Einer der größten Waldbrände, die jemals die australischen Wälder heimgesucht haben, ist in dem Gebiet des westlichen New South Wales, das von den Flüssen Darling, Bogan und Macintyre gebildet wird, ausgebrochen. Von einem dieser Feuer wird berichtet, daß es mit einer Front von 50 Kilometer fortbrannte und zehntausende Todsopfer forderte. Diese ungeheuren „Flammenwände“ verbreiteten weit vor sich her einen glühenden Damp, der das Gras schon versenkte und verdorben ließ, bevor die Flammen noch da waren. Die Flammen breiteten sich mit der Schnelligkeit eines galoppierenden Pferdes aus. Das Gras, das sie vernichteten, war an vielen Stellen acht Fuß hoch, und man schätzte, daß an einem Tage allein 800 000 Hektar Weideland in Asche verwandelt wurden. Tausende von Männern, die das Feuer zu bekämpfen suchten, sind aus allen Teilen des Landes nach dem Feuerrevier geeilt, und man hofft, die Flammen von den Weisengängen fernzubalten, wo eine außerordentlich reiche Ernte gerade eingebracht wird.

Die Duncan sangt die Internationale. Anlässlich des vierten Jahrestages der Sowjetrepublik wurde im Moskauer Großen Staatstheater ein Tanzabend von Sladora Duncan veranstaltet. U. a. tanzte sie die „Internationale“. Eintrittsgeld wurde nicht erhoben, da die Tänzerin erklärt hatte, sie werde nie mehr vor einem Publikum auftreten, das für ihre Darbietungen zahlen müsse.

Während des Weltkrieges tanzte Sladora beknüppelt auf den Straßen Litens, um die Griechen zur Beteiligung an Völkernorden zu veranlassen. Der Entschluß, hierfür nur noch gratis aufzutreten, wird ihr dadurch wesentlich erleichtert, daß sich heutzutage noch ein zahlendes Publikum vor dem Podium der alternden Dame einfänden würde.

Spielplanänderung. Am Buchtag wird im Berliner Theater des Saals Wildes Tragödie „Salome“ und im Kammertheater Strindberg „Mit dem Feuer spielen“ und Paul Gänners „Salomés Waise“ gegeben.

Viktor Adler über Taktik.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht Briefe Viktor Adlers an Friedrich Engels, die einen überaus wertvollen Beitrag zur Parteigeschichte darstellen. Man weiß, daß Adler, einer der klügsten und ausgezeichneten Männer, die die sozialistische Bewegung hervorbrachte, zur reichsdeutschen Sozialdemokratie in den engsten Beziehungen stand und alle Vorgänge, die sich in ihr abspielten, mit schürftigem Interesse verfolgte. Von ihnen handelt denn auch ein großer Teil der Briefe, in deren einem (vom 25. August 1892) u. a. ausgeführt wird:

Von uns kann ich Dir das Beste berichten. Die neue Organisation wird sich bewähren, so scheint es, und die „Unabhängigen“ blamieren sich bei uns weit mehr als in Deutschland. Wir haben ihnen auch kein so gutes Material geliefert wie Siebnechts Reden, aus denen jetzt die Jungen und Bollmar Kapital schlagen. . . . Persönlich zu rumpeln ist dort am dümmsten, wo die Leute persönlich beliebt sind, während rein sachliche, sehr nüchterne und kühle Erörterung schließlich auch die Personen aus dem Sattel hebt. Ich denke daran, eine Broschüre über Taktik zu schreiben „Domela-Bollmar“, wobei mich nur geniert, daß der Alte (Wilhelm Liebknecht, Red. d. „A.“) schlecht wegkäme. Aber auch er würde andererseits profitieren; denn es läßt sich m. E. nachweisen, daß alle die vermeintlichen Schwankungen der Taktik historisch sehr erklärbar und begründbar sind. . . . Über die Kritiker der Taktik glauben immer, sie set oder könne sein eine gerade Linie, während sie eine Wellenlinie sein muß, gerade wie die Weltgeschichte.

Die Unabhängigen oder „Jungen“ von damals bildeten den äußersten linken Flügel der Arbeiterbewegung, Bollmar stand als „Possibilist“ und „Staatssozialist“ weit rechts. Die Mitte bildete der Parteivorstand mit Wilhelm Liebknecht, dessen Temperament sich aber für eine solche Rolle wenig eignete. Darauf beziehen sich Adlers kritisch abwägende Äußerungen, die auch heute noch voller Beachtung wert sind.

Befestigung des Burgenlandes.

Wien, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-österreichische Wehrmacht hat gestern morgen die Grenze des Burgenlandes überschritten und die Befestigung des Landes begonnen. Der Vormarsch, der sich vorläufig auf den nördlichen Abschnitt des Burgenlandes beschränkt, vollzog sich in größter Ruhe und Ordnung. Von Widerstand war nichts zu bemerken. Das Zentrum des in vier Kolonnen erfolgten Vorrückens bildet die auf Eisenstadt vordringende Brigade, die in Eisenstadt um 2 Uhr nachmittags einzog. Das Vorrücken wird heute fortgesetzt, und wenn keine unerwarteten Zwischenfälle eintreten, dürfte morgen abend der ganze Norden des Burgenlandes bis zur Demarkationslinie im Besitz Deutsch-Österreichs sein.

Budapest, 14. November. (Ungar. Corr. Bureau.) Ministerpräsident Bethlen gab dem Reichsoberweser die Demission der Regierung bekannt. Der Reichsoberweser bezieht sich die Entscheidung vor und ersuchte die Regierung, die Geschäfte weiterzuführen.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ erfährt aus Budapest, daß die Staatsanwaltschaft unter Berufung auf ein Gesetz von 1913 über den Schutz des Adnigiums die Untersuchung gegen sämtliche Führer der republikanischen Partei und Hausdurchsuchung bei beiden Präsidenten der Partei angeordnet hat. Dabei wurden sämtliche Druckschriften, Akten und auch der Entwurf eines offenen Briefes, der in der Rationalsammlung eingebracht werden sollte, beschlagnahmt.

Ein symptomatisches Wahlergebnis.

Paris, 14. November. (W.T.B.) Bei einer Nachwahl in einem Wahlkreis von Paris für den Gemeinderat erhielt im ersten Wahlgang der von den Kommunisten aufgestellte Kandidat Badina, ein wegen der Meute bei der Schwarzen-Meer-Flotte Verurteilter, die höchste Stimmenzahl. Der nächstfolgende Kandidat ist der sozialistisch-radikale; es ist infolgedessen eine Stichwahl notwendig.

Dies Wahlergebnis ist um so bemerkenswerter, als es selbst für die Sozialisten eine Überraschung gewesen sein dürfte. Die Aufstellung des Matrosenmeuturers Badina als Kandidat hat nämlich eine eigenartige Vorgeschichte. Wenige Tage, nachdem der Führer der Meute im Schwarzen Meer, Marty, in seinem Arbeiterviertel von Charonne mit starker Mehrheit zum Stabverordneten gewählt worden war, wurde ein anderes Mandat für das Pariser Stadtparlament frei, diesmal in einer ausgesprochen klein- und spießbürgerlichen Gegend, im Viertel des Santé-Gefängnisses, das bisher stets bürgerlich gewählt hatte. Die Sozialisten, die dort über eine gewisse Anhängerzahl verfügen, stellten einen früheren Deputierten, Mayéras, als Kandidaten auf. Kaum war dies bekannt gegeben, da erklärten die Kommunisten, ebenfalls einen Kandidaten aufzustellen in der Person des eingekerkerten Obermaates Badina. Dies geschah ihrerseits lediglich aus Bosheit gegen die Sozialisten und war um so freudiger, als die Aussicht Badinas in diesem Viertel allgemein als sehr gering empfunden wurden. Es bestand nun die Gefahr, daß die Regierung eine glatte Niederlage Badinas als Gegenwärtigkeit zu der Wahl Marty's bezeichnen und die Freilassung des letzteren verweigern würde, zumal seine Wahl vom Rat der Präfektur in Paris für ungültig erklärt worden ist. Dann wären die Kommunisten damit trefen gegangen, daß dies die Schuld der Sozialisten sei, die ihren Kandidaten gegen den Opfer der militärischen Reaktion aufrechterhalten und damit dessen Niederlage und weitere Gefangenschaft bewirkt haben. In dieser Situation befaßten sich die Sozialisten keinen Augenblick. Sie geshielten in scharfen Worten das niedrige Manöver der Kommunisten, zogen aber die Kandidatur Mayéras zurück und forderten ihre Anhänger auf, geschlossen für den Kommunisten zu stimmen. Die Kommunisten haben aber anscheinend die Absicht, diese Bosheitspolitik gegen die Sozialisten bei allen kommenden Wahlen zu treiben, und deshalb erklärten letztere schon jetzt, daß sie sich in Zukunft nicht mehr in solch sinnloser Weise opfern und daß die Schuld an etwaigen späteren Niederlagen der Arbeiterchaft die Kommunisten treffen würde.

Indessen scheint dieser Bericht unerwartet gute Früchte zu tragen. Daß Badina in diesem kleinbürgerlichen Viertel überhaupt die meisten Stimmen erringen konnte, ist zweifellos als wichtiges Stimmungssymptom der französischen öffentlichen Meinung zu betrachten.

Billigung des Gasarbeiterstreiks.

In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der Gemeindegewerkschaft wurde eine Resolution abgelehnt, die das Bewahren über die in den letzten Tagen erfolgte Teilerfassung (Gasarbeiterstreik) ausspricht. Heute wird in einer Versammlung darüber abgestimmt, ob das Angebot des Magistrats angenommen werden soll oder nicht.

Tagung des Reichsbeamtenbeirats.

Erster Verhandlungstag.

Der Leiter der Beamtentraktate beim Parteivorstand, Genosse Hermann Wäger, kam in seinem Referat auf der Tagung des Reichsbeamtenbeirats, über die wir bereits kurz berichteten, zunächst auf das frühere Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Beamten im Obrigkeitsstaate zurück und berührte dann die grundlegende Umgestaltung der Verhältnisse nach der Revolution. Wir stehen erst am Anfang einer neuen Entwicklung. Noch ist die Menschheit nicht geistig reif genug, um ihr Dasein vernunftgemäß zu gestalten. Die Klassengegensätze werden sich weiter verschärfen. Das ist keine Verleumdungstheorie, sondern ein psychologisches Grundgesetz, dessen Wirken man in der Geschichte und in unseren Tagen beobachten kann. Erst wenn die große Masse der Schaffenden die Unvernunft der heutigen Gesellschaftsordnung erkannt haben wird, sind wir geistig reif für höhere Lebensformen. Die geistige Befreiung kann nur das Werk der Sozialdemokratie sein. Wir können nicht mit den Händen in den Hosentaschen abwarten, bis auch der zweite große Zusammenbruch kommt. Die Katastrophe würde auch uns treffen. Der Göttinger Parteitag war

eine Manifestation unseres Willens zur Macht.

geboren aus der Erkenntnis, daß wir nahe daran waren, durch eigene Verläumdungen den Gegnern fast das Feld geräumt zu haben. Der Parteitag hat durch die Annahme des Antrages Berlin allen reaktionären monarchistischen Beamten und Angestellten schärfsten Kampf angeleitet und ihre sofortige Entlassung ohne Pension verlangt. Desgleichen hat er verlangt, daß alle wichtigen Beamtenstellen nur mit wirklich republikanisch gesinnten Männern besetzt werden. Wir haben die Macht, wenn wir nur wollen. Helfen Sie alle mit, den Willen in die Tat umzusetzen.

Im Anschluß an dieses Referat sprach Genosse Steinkopf. Die erste parteiamtliche Stellungnahme zur Beamtentraktate gab die Fraktion der Rationalsammlung, indem sie die Sicherung der beruflichen, wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Rechte der Beamten verlangte. Dementsprechend hat auch die Fraktion die Bestimmungen in der Reichsverfassung schaffen lassen. Auch der Weimarer Parteitag hat sich auf den Standpunkt der

Erhaltung eines tüchtigen, vorgebildeten Beamtentums

gestellt. Das Göttinger Programm gilt in all seinen Teilen für die Beamten ebenso wie für alle anderen Parteigenossen. Der Satz „Sicherung und Ausbau der Rechte der Beamten“ ist als Grundlage für ein Aktionsprogramm gedacht. In ihm ist zu fordern: 1. Sicherung und Ausbau der beruflichen, der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten, einschließlich des Koalitionsrechtes. — 2. Anpassung der Einkommensverhältnisse an die jeweilige Wirtschaftslage. — 3. Gesetzliche Mitbestimmung der Beamtenrechte unter Ausschluss des Dienstbetriebes. — 4. Anerkennung der Beamteneigenschaften als wirtschaftliche Interessenvertretungen. — 5. Schaffung eines freibleiblichen Beamten- und Disziplinarrechtes. — 6. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung. — 7. Öffnung der Beamtenlaufbahn allen Volksgenossen. — 8. Ersetzung der seitenden monarchistischen durch republikanische Beamte.

Genosse Falkenberg behandelte dann eingehend die Frage der gewerkschaftlichen Beamtenebene und führte etwa folgendes aus: In zum Teil weit auseinanderliegenden Stappen hat sich bis ehemals kleinbürgerliche Beamtenebene zu dem entwickelt, was sie heute ist. Die am 3. Februar 1916 geschaffene Interessengemeinschaft deutscher Beamtenebene war nur eine lose Kartellierung von Beamtenebenen, aber nicht die Zentrale der Beamtenebenebewegung, wie sie zuerst durch den am 4. Dezember 1918 aus der Verlesung von Interessengemeinschaft und ehemaligem Verband deutscher Beamtenebene entstandenen Deutschen Beamtenebeneverband verkörpert wird. Die Beamtenebene verlangt, daß der DVB, als die Arbeitergewerkschaften eine gewerkschaftlich in Reich und Glied marschierende Arbeitnehmerformation darstelle, vergessen, daß

Die politische Befreiung der Beamten

erst durch die November-Revolution erfolgt ist. Im Augenblick eine gewalttätige Entwicklung herbeizuführen, bedeute nach seiner Auffassung die Verschleppung des wesentlichen Teils der in Jahrzehnten in der Beamtenschaft geleisteten Organisationsarbeit. Es hat keinen praktischen Wert, sich in Traumaufstände zu verheben. Tatsachen regieren auch in der gewerkschaftlichen Welt. Alle Instanzen haben ein wesentliches Interesse an der Klärung dieser bedeutsamen Frage. Wenn wir mit ihnen einer Klärung zustreben, wird die Zeit nicht fern sein, in der von der auch in Beamtenebenen erlebten Arbeiterfront nicht mehr nur gesprochen wird, sondern in der sie handlungsfähig in die Gestaltung der Geschichte ihrer Glieder eingreifen vermag.

An der sehr umfangreichen Debatte beteiligte sich u. a. der Genosse Velpart, der den Wunsch aussprach, daß die Beamtenebene sich zu einer großen Organisation zusammenschließen möchte, um so eine mächtige Einheitsfront neben der Arbeiterbewegung zu bilden. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme folgender Resolution: Der Reichsbeamtenbeirat erklärt, die dem Deutschen Beamtenebeneverband angehörenden parteiamtlichen Beamten sind verpflichtet, die gewerkschaftliche Entwicklung an dieser Organisation mit aller Kraft aktiv zu fördern und auf ein inniges „Hand-in-Hand-Arbeiten“ mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund hinzuwirken.

Zweiter Verhandlungstag.

Am zweiten Tage der Verhandlungen wurde einem Antrag des Vorstehenden, Genossen Franz Krüger, zugestimmt, nach den Reso-

Boelich' Wandlungen.

In der gestrigen Sitzung des hauptauschusses des Preussischen Landtags stellte sich der Kultusminister Boelich als erster Minister der neuen Koalition den Volksvertretern vor. Boelich sprach von der Notwendigkeit der Erziehung zur Staatsgewinnung und zur Bewahrung dieses Staates. Er rühte ab von den Geschichtsbüchern der Vortriebszeit, wies es weit von sich, jemals für ein monarchistisches Besetzungs- oder Besatzungsbuch eingetreten zu sein und erklärte weiter, daß er für die Fortführung des Wertes von Haenisch in der Arbeiterbildung auf den Universitäten eintrete. Er trat auch für die vierjährige Grundschule im Sinne der Reichsverfassung ein. Den Entwurf des Reichsschulgesetzes erkannte der neue Unterrichtsminister mit bestimmten Beschränkungen als Verhandlungsbasis an. Boelich erklärte, das Reichsschulgesetz müsse die Synthese zwischen Gewissensfreiheit und Staatseinheit schaffen.

Hg. König (Soz.): Wir verlangen einen Geschichtsunterricht, bei dem alles Unwahre und Dynastische ausgeschaltet bleibt. Für die Umgestaltung des Reichsschulgesetzes müssen die preussischen Stimmen im Reichsrat eintreten. Die Berufsausbildung der Lehrer hat im engen Anschluß an die Universitäten zu erfolgen. Der Zentrumsabg. Lauscher wandte sich gegen die Sozialdemokraten und ihre Ablehnung des Grundschulgesetzes; weiter malte er das Gespenst eines zukünftigen Kulturkampfes an die Wand. Die Demokraten vertraten den Standpunkt der Sozialdemokratie.

Der bayerische Ministerpräsident Geol. Erdmann ist nach Besprechungen mit dem Reichstanzler Dr. Wirth, die vor allem wirtschaftliche Fragen betrafen, nach München zurückgekehrt.

raten der Genossen Dr. Boelcher und Max Gronefeld über den dritten Punkt der Tagesordnung:

Beamtenrätegesetz und Disziplinarrecht

auch die Diskussion über den ersten Punkt zu erledigen. Dr. Boelcher verbreitete sich in seinen Ausführungen eingehend über die Bestimmungen des Beamtenrätegesetzes. Vornehmlich kritisierte der Redner, daß ein eigentliches Mitbestimmungsrecht den Beamten in dem Entwurf nicht gewährt werde. Was das Disziplinarrecht anbelangt, so ist schwer verständlich, warum die Bestimmung der Verfassung nicht zur Geltung gebracht wird.

Genosse Gronefeld: Ich möchte heute in kurzen Worten aussprechen, was die Sozialdemokratische Partei verlangt, und was sich mit unseren Forderungen deckt. Hauptsache ist die Demokratisierung der Verwaltung, der aber eine

Demokratisierung der Menschheit

vorausgehen muß. An dem vorliegenden Gesetzentwurf ist die Sozialdemokratie nicht schuldig.

Am Schluß einer sehr ausgiebigen Diskussion erklärte Genosse Franz Krüger: Der Parteivorstand stimmt der Kritik zu, daß vielleicht etwas mehr hätte geschehen können, doch ist manche Kritik unberechtigt. Unsere Genossen in der Regierung sind zum Teil in einer prekären Lage und so ist unsere Nachposition nicht, daß wir einfach daran gehen könnten, alle leitenden Stellen mit Sozialdemokraten zu besetzen. Es wird erwünscht, daß die Minister in kürzerer Weise Genossen zur Mitarbeiter heranziehen. Es muß aber auch die Fähigkeit zur Bekleidung des höheren Postens vorhanden sein. Die Demokratisierung wird nur

Das Produkt einer jahrelangen Arbeit

sein können. Gegen Leute, die in offenkundig provozierender Weise gegen die Republik auftraten, muß natürlich entschieden eingeschritten werden. Erst im Laufe einer Reihe von Jahren wird sich die Auswirkung demokratischer Maßnahmen zeigen können. Wir haben eine Neuregelung des Disziplinarverfahrens verlangt. Das Interesse ist daran größer, als das des Reichs. Bisher wird nur übrig bleiben, in Preußen eine Regelung vorzunehmen. Auf die reichsgesetzliche Regelung können wir nicht warten.

Folgende Entschliessung wurde angenommen:

Gegen die Anstellungsbedingungen für die Beamten der Schutzpolizei, wie sie im Erlass des Preussischen Innenministers vom 10. Mai d. J. festgelegt worden sind, hat sich in den Reihen der davon betroffenen Beamten ein starker Widerstand geltend gemacht. Die Beamten haben seinerzeit die Unterschrift unter Proteste geleistet, ohne sie für rechtsverbindlich zu betrachten. Diese Bestimmungen sollen jetzt durch ein Sondergesetz laffioniert werden.

Der Reichsbeamtenbeirat erhebt gegen dieses Sondergesetz schärfsten Protest. Er stellt in dem Sondergesetz einen Niederschlag der Münchener Beschlüsse. Die beabsichtigte Sonderstellung der Polizei in rechtlicher Beziehung verbunden mit einer tiefen schneidenden Beschränkung ihrer verfassungsmäßig garantierten Rechte fördert die Militarisierung der Polizei und ist eine ständige Bedrohung des republikanischen Elements

in derselben. Wie keine andere Beamtengruppe muß die Polizei im Volksempfinden leben. Sie kann es aber nur, wenn die Beamten in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung unter das allgemein geltende Recht gestellt werden.

Aus staatspolitischen Gründen muß gefordert werden, daß die Beamten der Schutzpolizei rechtlich, wirtschaftlich und sozial mit den übrigen Beamtenebenen gleichgestellt werden. Der Reichsbeamtenbeirat protestiert weiter gegen das im Gesetz vorgesehene zweifelhafte Recht für Ober- und Unterbeamte und verurteilt aufs schärfste die Regelung der Anstellung und Vergütung nach den Grundätzen der Wehrmacht. Er gibt ferner seinem Betremben darüber Ausdruck, daß die berufenen Vertreter der Beamten, Beamtenebeneverbände und Berufsorganisationen bei der Schaffung derartiger Gesetze nicht gehört werden und fordert vom Parteivorstand und den Fraktionen, sich mit Nachdruck jeder Sonderstellung der Polizei zu widersetzen.

Die kürzlich von der Reichs- und Staatsregierung durch die Presse bekanntgegebene

neue Gehaltsregelung

ist für den größten Teil der Beamten unannehmbar. Die neuen Einkünfte der Beamten der unteren Befoldungsgruppen sind viel zu niedrig, sie erreichen in vielen Fällen nicht das Existenzminimum, während die Spannung gegenüber den oberen Beamtenebenen eine zu große ist.

Es muß daher unten zugelegt und oben gestrichen werden. Es muß von den Volksvertretern eine gründliche Prüfung und Ausgleichung der großen Unterschiede gefordert werden. Es muß ferner gefordert werden, daß die drei Hauptorganisationen: Deutscher Beamtenebeneverband, Afa-Bund und ADB, gemeinsam mit der Regierung verhandeln und gemeinsam die neuen Gehälter und Befoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter festlegen.

Getrennter Verhandlung bedeutet Herabsetzung und Durchführung reaktionärer Wuchenschaften zum Nachteil aller Beteiligten, wie wir es deutlich an der jetzt bekanntgewordenen Regelung sehen.

Der Reichsbeamtenbeirat der SPD. fordert, daß die Arbeiten an der Neugestaltung des gesamten Beamtenebenevertrages auf einheitlicher Grundlage mit allem Nachdruck beschleunigt werden. Es muß erreicht werden, daß der Reichsbeamtenebenevertrag auf diesem Gebiet unbedingt gemäß Artikel 10 Abs. 3 der Reichsverfassung in Verhandlung gewahrt wird. Durch die Verschleppung ist bereits die Gefahr eines Vorcarellens der Landesgesetzgebung entstanden.

Ein Schlußbericht folgt.

Der Tumult im Braunschweiger Landtag.

Braunschweig, 14. November. (W.T.B.) In der Landesversammlung legte vor Eintritt in die Tagesordnung der Abgeordnete Erdmann (Soz.) unter Bezugnahme auf die tumultuarischen Vorgänge in den letzten beiden Sitzungen Verwahrung dagegen ein, daß der Abgeordnete Blasius seine verurteilende Kritik an dem Staatsministerium so allgemein gehalten habe, daß sie als auch auf die beiden sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts bezüglich angesehen werden könne. Das sei aber unberechtigt. Den unabhängigen Abgeordneten müsse der Vorwurf gemacht werden, daß sie durch ihr Verhalten Ansehen und Würde des Hauses schwer geschädigt hätten.

Auf Wunsch der USB, die zu dieser Erklärung Stellung zu nehmen wünschte, wurde die Sitzung sodann auf morgen vertagt.

Attentat auf Tschitscherin?

Königsberg, 14. November. (W.T.B.) Nach einer Meldung der „Rasb. Zig.“ aus Riga sollen am 4. November auf Tschitscherin in einem Empfangszimmer zwei Revolverschläge abgegeben worden sein, die aber fehlgingen. Der Attentäter soll ein Mitglied der sozialrevolutionären Terroristengruppe sein. Die Außerordentliche Kommission habe dreitausend Verhaftungen vorgenommen. Der Präsident des Obersten Wirtschaftsrates, Bogdanoff, sei abgesetzt und die Kommission zur Bearbeitung der ausländischen Konzeptionen verhaftet worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Jugend gegen das Arbeitszeitgesetz.

In einer Mitgliederversammlung des freigewerkschaftlichen Jugendartikels referierte Guillard von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale über die Stellung der Jugendlichen und Beurlingung im neuen Arbeitsrecht. Der Referent gab zunächst einen Rückblick auf die Rechte der Arbeiterschaft. Hierauf behandelte er die vorliegenden sozialpolitischen Gesetze, soweit die Jugendlichen betreffen. Beim Arbeitszeitgesetz, durch das sich wie ein roter Faden die Ausschaltung des Achtstundentages zieht, zeigte er besonders die Härteparagrafen gegen die Jugendlichen, worin es bekanntlich heißt, daß die wöchentliche Arbeitszeit 54 Stunden mit Schule und Arbeit betragen soll. Die Gewerkschaften müssen dieses Gesetz als undiskutabel ablehnen. Diejenigen, die da jammern, die jetzige Arbeitszeit reiche zu einer tüchtigen Berufsausbildung nicht aus, wollen nur eine vermehrte Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Arbeiterschaft — vor allem die Jugend — hat die Pflicht, sich weiter fortzubilden; dazu ist aber Frische an Geist und Körper erforderlich; daher Kampf gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit. Sind in diesen Kampf die Gewerkschaften einzusetzen, so muß von der Jugend verlangt werden, daß sie die freie Zeit auch wirklich nützt und nicht in Vergnügungen aller Art vergeudet. Die Stühle, die der § 78 des Betriebszeitgesetzes für die Jugendlichen bedeutet, muß ausgenutzt werden. Die Betriebsräte müssen für die Abstellung von Mißständen wirken. Bei Drenstein u. Koppelt besteht ein Ausschuss von Jugendlichen, der zwar keine Rechtsgrundlage besitzt, aber in enger Verbindung mit dem Betriebsrat arbeitet. Diese Einrichtung verdient Nachahmung. Leider fehlt man bei der erwachsenen Arbeiterschaft immer noch auf Verständnisslosigkeit in Jugendfragen.

Der Referent behandelte ferner die Jugendschutzforderungen des Reichsausschusses. Es muß alles daran gesetzt werden, diese Forderungen zur Durchführung zu bringen. Aber die Arbeitgeber schließen nicht. Erst kürzlich hat der Reichsverband des deutschen Handwerks zum Ausdruck gebracht, daß es an der Zeit ist, die Schutzbestimmungen einzudämmen und wieder „Zucht und Ordnung“ zu schaffen. Die Jugend muß planmäßig Gewerkschaftsarbeit treiben, alle Gebiete der Sozialpolitik begreifen und mit der erwachsenen Arbeiterschaft zusammenkämpfen.

Die Diskussion stand auf einem hohen Niveau und war getragen von dem Gedanken, fest zusammenzustehen, um alle reaktionären Anschläge in der Sozialgesetzgebung abzuwehren. Eine vom Jugendgenossen Marquardt eingebrachte Resolution, die zu einer Protestaktion gemeinsam mit der politischen Jugend gegen das Arbeitszeitgesetz auffordert, fand einstimmige Annahme.

Lohnbewegung in der Lederwarenbranche.

In einer stark besuchten Versammlung der Portefeuille-, Taschen- und Kofferhersteller in Boeckers Festsaal berichtete der Bevollmächtigte Blume über das Ergebnis der örtlichen Lohnverhandlungen. Infolge der sprunghaft eingetretenen Teuerung ist der vom 1. Oktober bis 31. Dezember abgeschlossene Nachtrag des Reichstarifes überholt und wurden demzufolge vom Zentralvorstand neue zentrale Verhandlungen beantragt. Die Berliner Arbeitgeber wandten sich nun an die örtliche Verwaltung, um einen Zwischenvertrag abzuschließen. Diese Verhandlungen fanden am 12. statt und hatten das Ergebnis, daß auf sämtliche bestehenden Löhne ein Zuschlag von 25 Prozent kommen sollte. In Berücksichtigung der Tatsache, daß die früheren Abschlüsse stets zu wenig gebracht hatten und daß die Industrie eine ausgezeichnete Konjunktur aufweist, konnte die Verhandlungskommission dieses Resultat der Versammlung nicht zur Annahme empfehlen.

In der Diskussion wurde einmütig betont, daß die gestellten Forderungen gerecht sind. Annahme fand ein Antrag, monatlich am 4. und 11. in der Fabrik für Arbeiter 150 M., für Arbeiterinnen 100 M. und für Beurlingende das Doppelte ihrer Bezüge pro Woche zu fordern ist. Ferner wurde beschlossen, die infolge Arbeitermangel gestatteten Leberstunden ab Montag sofort einzustellen.

Donnerstag findet eine Vertrauensmännerpersammlung der Branche statt.

Versammlung der SPD-Metallarbeiter.

In einer Versammlung der Berliner SPD-Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Sonntag in den Sophienböden behandelte Genosse Ramsbrock das Thema: Unsere Aufgaben nach Jena und unsere Stellung in der Berliner Ortsverwaltung. Die Ausführungen des Referenten klangen in den Gehör aus: Wir wollen nur eine gerechte Vertretung in der Organisation und wollen im übrigen alles tun, um die große Masse der Mitglieder zu idealem Fühlen und zu wahrer Solidarität zu erziehen. Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, wenn der Ortsverwaltung die notwendigen Mittel durch Ablehnung einer geringen Beitragserhöhung verweigert werden, indem von 168 000 Mitgliedern nur 30 000 sich an der Abstimmung beteiligen und es so den Feinden der Gewerkschaftsarbeit überlassen, die nominelle Beitragserhöhung abzulehnen. Es sei notwendig, die Fraktion noch zu verstärken und bei den bevorstehenden Delegiertenwahlen zur örtlichen Generalversammlung alles daran zu setzen, eine ansehnliche SPD-Fraktion in der Generalversammlung zu bekommen. Was auch gegen die Unabhängigkeit der Ortsverwaltung gesagt werden mag, so sei doch anzuerkennen, daß sie es verstanden hat, die Berliner Organisation wieder in den sicheren Hafen zu lenken, wo jetzt die notwendigen Reparaturen vorgenommen werden können.

Die Aussprache bewegte sich durchaus im Sinne der Ausführungen des Referenten.

Zum Streik in der Reichsversicherungsanstalt.

Gestern fand in den Kammerböden eine Betriebsversammlung der streikenden Beamten und Angestellten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte statt, die von zirka 2800 Personen besucht war. Der Vorsitzende der Streikleitung gab einen Überblick über die Ursache des Streiks. Der nächste Referent stellte noch einmal fest, daß augenblicklich beim Reichsarbeitsministerium der Gedanke vorherrscht,

daß die Beamtenschaft während der Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeits- und Finanzministerium über die Eingruppierung in die Reichsbesoldungsordnung in den Streik getreten sei. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Erregung der Beamtenschaft sich gegen die unerbörte Maßnahme des Direktoriums richtet, bereits ausgesprochene Beförderungen, welche durch Verabfolgung von Urkunden beglaubigt wurden, wieder für ungültig zu erklären. Die Auswirkung dieser Maßnahmen wäre derartig, daß ein erheblicher Teil der Beamtenschaft bereits darauf erhaltene Vorschläge wieder zurückzahlen hätte, was bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage als besondere Härte empfunden werden muß.

Nachdem die Vertreter des Bundes der Beamten und Angestellten der Reichsversicherungsanstalt und der ihm angeschlossenen Fachgewerkschaften ihre Sympathieerklärungen abgegeben hatten, gaben auch nach längerer Ausführungen die Beauftragten sämtlicher Spitzenorganisationen der Angestellten

Eisenbahnbeamte und Arbeiter!

DuMont 10 Uhr im Zirkus Busch, am Bahnhof Börse, öffentliche Protestkundgebung gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbetriebe.
Eisenbahner, erscheint in Massen!
Deutscher Eisenbahnverband, Ortsverwaltung Berlin.

tenverbände ihre Erklärungen dahin ab, daß sie sich nach der vollzogenen Tatsache des einmütigen Streikbeschlusses hinter die Forderungen der Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte stellen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Betriebsversammlung am 14. November 1921 hat beschlossen: Die Arbeit wird nicht eher wieder aufgenommen, bis 1. die Durchführung unserer Besoldungsordnung im Rahmen der Beschlüsse des Gesamtdirektoriums und des Verwaltungsrats vom 7. August d. J. garantiert ist, 2. die Zusicherung gegeben ist, daß Maßregelungen oder Benachteiligungen irgendwelcher Art den Beamten infolge des Streiks nicht erwachsen.“

Die Spitzenorganisationen und Beamtensvertretungen werden beauftragt, von der Aufsichtsbehörde eine verbindende Erklärung über die Zukunft und Sicherung für nicht lebenslängliche Angestellte bei Organisationsänderungen im Falle Personalförderung zu erlangen.“

Die Vertreter der Spitzenorganisationen sind seit gestern nachmittag bemüht, Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium herbeizuführen.

Lohnbewegung in den Osrambetrieben.

Eine Vollversammlung der Angestellten der Osrambetriebe, einberufen von den Anstellerräten dieser Werke, tagte am Montag. Eingeladen und als Gäste erschienen waren auch die Obleute anderer großer Konzerne der Berliner Metallindustrie. Es handelte sich darum, trotz des Gehaltsabkommens mit dem Verband Berliner Metallindustrieller, das erst am 31. Dezember abläuft, schleunigst durch eine größere einmalige Wirtschaftsbeihilfe einen Ausgleich herbeizuführen. Standfuß als Referent verwies auf die im vorigen Jahr bei direkten Verhandlungen mit der Direktion gemachten Erfahrungen, die auch bei Verhandlungsversuchen in anderen Betrieben der Metallindustrie gemacht wurden. So erklärte der Direktor der Osrambetriebe damals (vor Weihnachten 1920), daß der Konzern als Mitglied des BVMV nicht aus der Reihe tanzen könne durch besondere Regelungen, sondern daß eine Regelung nur von Verband zu Verband möglich sei. Auch wir sind tariflos, auch wir wollen Tarifverträge nicht brechen, aber außergewöhnliche Umstände, wie die jetzige Teuerung, zwingen zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Wir müssen und wollen aber uns der Hilfe unserer Organisationen bedienen. Die Anstellerräte der Osrambetriebe schlugen deshalb folgende Resolution vor:

Die Versammelten beauftragen die am Tarifvertrag beteiligten Anstellertensorganisationen, umgehend mit dem BVMV Verhandlungen auf Grund folgender Forderungen aufzunehmen: 1. Angemessene Aufhebung der Gehaltsföge ab 1. Januar. 2. Als Ausgleich für die außergewöhnliche, bei Abschluß der jetzigen Gehaltsföge nicht voraus zu sehenden Teuerung eine einmalige Entschädigungssumme von 2500 M. für Verheiratete und von 2000 M. für Ledige. Im Anbetracht der Notlage der Angestellten wird um schleunige Erledigung ersucht, zumal von verschiedenen Unternehmergruppen ähnliche Forderungen bewilligt worden sind. — Ferner verlangt die Entschliebung Treue zur Organisation.

In der Diskussion sprachen auch verschiedene Obleute anderer großer Konzerne der Metallindustrie, so von Siemens und von Bergmann, wo die Angestelltenchaft von ihren Anstellerräten die Vertretung ähnlicher Forderungen verlangt hat.

Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen.

Das Verteilungsprinzip.

Zwischen einer sozialen und einer sozialistischen Wirtschaft ist ein bedeutender grundsätzlicher Unterschied. „Soziale Wirtschaft“ bedeutet Verteilung des Arbeitsertrags nach dem subjektiven, sozialen Empfinden, sozialistische Wirtschaft bedeutet dagegen Verteilung des Arbeitsertrags nach objektiven Tatsachen, nach einem bestimmten Verteilungsprinzip. Die „Betriebsrätezeitung“ des ADGB bringt in Nr. 18 (Novemberheft) eine Studie über diese hochwichtigen Fragen, die zu weiteren Auseinandersetzungen Anlaß geben sollte. Aufsätze von Direktor Richard Hedmann vom Gasföndit, von Dr. Otto Neurath-Bien nehmen zur Planwirtschaft kritisch Stellung. Den Ausbau des Braunkohlenmonopols schildert ein Beitrag von Reg.-Rat Weidner. Mit der Betriebspraxis beschäftigen sich gründlich drei weitere Aufsätze. In der Rubrik „Gesetz und Recht“ finden wir wieder eine große Zahl sehr wichtiger Schiedsprüche, deren Kenntnis für jeden Betriebsrat unentbehrlich ist. In unserer „Betriebsrätezeitung“ steht pulserendes, vorwärtsdrängendes Leben, nicht oberflächliches Geschwätz, sondern forschende, aufklärende Arbeit, die den deutschen Arbeiter zum selbständig denkenden Wirtschaftsfaktor heranbilden will. Wer diese hochinteressante Zeitung des ADGB noch nicht kennt, der verlange Probenummern. Das Abonnement kostet 3 M. vierteljährlich und kann bei

jedem Briefträger bestellt werden. In den Zeitungskosten Berlins ist sie ebenfalls zu haben. Für die „Betriebsrätezeitung“ zu werben ist Pflicht jedes Genossen, der am Aufbau mit-helfen will.

Gruppenballversammlungen im November.

Für die Gruppen 1, Bank und Handel, 5, Freie Berufe, 12, Staatliche und kommunale Behörden, und 15, Sozialversicherung, Montag, 21. November, 7 Uhr, Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18. — Gruppen 2, Baugewerbe, und 7, Holzindustrie, Mittwoch, 23. November, 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelauer, Saal 4. — Gruppen 3, Bekleidungsindustrie, und 10, Lederindustrie, Donnerstag, 24. November, 6 Uhr, Berliner Vereins- und Konzertsaal (Arminhallen), Kommandantenstr. 58/59. — Gruppen 8, Landwirtschaft und Gärtnerei, 9, Lebens- und Genussmittel, und 13, Verkehr, Montag, 28. November, 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelauer, Saal 4. — Gruppe 11, Metallindustrie, Mittwoch, 30. November, 6 Uhr, Germania-Prachtsäle, Chausseest. 110. — Gruppen 4, Chemische Industrie, und 6, Graphisches Gewerbe, Donnerstag, 1. Dezember, 5 Uhr, Berliner Vereins- und Konzertsaal (Arminhallen), Kommandantenstr. 58/59. — Die Tagesordnung lautet bei allen Versammlungen: Die Lohn-erhöhungen und ihre Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Arbeiter und Angestellte im Gastwirtsgewerbe! Durch Hand-zettel wird zu einer Versammlung aufgefördert, die Mittwoch, 10 Uhr, in den Sophienböden tagen und sich mit den „Behren des Streiks“ und der Frage „Was ist jetzt zu tun?“ beschäftigen soll. Das „Kartell der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen Groß-Berlins“ teilt dazu mit, daß es diese Versammlung nicht einberufen und nichts damit zu tun hat.

Der Streik der Braunschweiger Transportarbeiter ist nach siebenwöchiger Dauer beendet worden. Die Arbeit wurde Montag wieder aufgenommen. Die Verhandlungen über die neuen Bedingungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zusatzregelung zu dem Reichstarifvertrag der Versicherungs-angestellten. Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Zu der Vereinbarung vom 12. Oktober 1921 wurde am 12. November 1921 im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Herrn Regierungsrates Dr. Dieck mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen für die Angestellten in Direktionen und Verwaltungsgenossenschaftsbetrieben eine Zusatzregelung für die Monate November und Dezember getroffen. Hiernach ist eine einmalige Teuerungszulage, die sich zwischen 60 und 75 Proz. des Roheinkommens bewegt, sofort auszuzahlen. Verheiratete erhalten außerdem einmal 250 Mark und für jedes Kind 85 Mark.

Wahl-Ordnung Groß-Berlin. Donnerstag 7 Uhr in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18, Wahlversammlung der Angestellten der Wagen- und Karosserierbranche. Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. — Angestellte der Holzindustrie: Donnerstag 7 Uhr in der Reuen Philharmonie, Abendster. 607. Wahlversammlung sämtlicher Angestellten. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden. — Wahlabschluss eines Wählerbundes dient in beiden Versammlungen als Zielsetzung.

Gewerkschaftsunterkommission Krefeld. Mittwoch (Dunkel) vormittag 10 Uhr bei Rahm, Erftstr. 8, wichtige Sitzung. Sämtliche Delegierten müssen unbedingt erscheinen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche der Geschäftsführer, Lagerarbeiter usw.: Donnerstag 7 Uhr im Qualitäten Hof, Altonaerstr. 70, Gruppe Touristenführer, Versammlung. Bericht der Lohnkommission über das Resultat der letzten Lohnverhandlung. — Ausführender, Spektationsarbeiter usw.: Donnerstag 7 Uhr bei Boeker, Behrenstr. 17, Vollversammlung. Bericht über die Lohnverhandlung.

Deutsche Filmgewerkschaft. Die nächste Vollversammlung findet erst am 23. November in Schirms Lokal, Charlottenstr. 7, statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Im Treibensabnd der Kriegsteilnehmer im Eldorado findet am Mittwoch (heute), den 16. November, abends 8 Uhr, in der Schulturnhalle, Harnack-Hof über das Thema „Du sollst nicht töten“, Eintritt frei. — Mieterföher-Besinnung Berlin, S. B. Dienstag, den 15. d. M., abends 7½ Uhr, in den Kolibri-Preßjalen, Gortzstr. 6, Versammlung.

Arbeiterpost.

Berliner Arbeiter-Schachklub, Abt. S. B. u. N. (spielt jeden Dienstag Wacker-tour. 3 bei Köpcke; jeden Donnerstag Waldemarstr. 22 bei Scialer und jeden Freitag Dageberger Str. 20 bei Rechner. In allen Spielabenden von 7 Uhr bis Schluß freier Unterricht. Lehrmittel werden gratis zur Verfügung. Aufnahme neuer Mitglieder findet zu jeder Zeit statt. Gölle willkommen. Jede gewünschte Auskunft erteilt Rich. Scholz, S. 42, Wacker-tour. 18. — Gruppe 7 (Wst. Charlottenburg und Wilhelmsdorf) führt am Freitag nach Spandau, im (Wst. Charlottenburg) einen Willkommensausflug an. Für Simultan-spiel und andere Abwechslung wird georgt. Treffpunkt 1 Uhr, 251, Charlitz. Freunde und Gönner sind herzlich willkommen. — Für Sparnisse und Schiller findet am Freitag, den 16. November, nach-mittags 1 Uhr, im Jugendheim, Reuthstr., Rindener Str. 32, eine Schöner-sammlung statt. Vortrag, Simultan-spiel, Wettkampf Reuthstr.-Korben. Teilnahme und Eintritt frei. — Turnverein „Oberprezer“, Oberdöbersee, feiert am Mittwoch (Dunkel), den 16. November, abends 7½ Uhr, seinen 6. Elternabend der Schüler- und Schülerinnen-Abteilungen im Rest. Humengarten, Ind. Öberrig, Odenstraße. Alle Anhänger des Vereins und der Jugendpflege sind herzlich willkommen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für An-zeigen: Ed. Glöck, Berlin. Verlag Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 5. **Stier 1 Blatt.**

Vanflavin-Pastillen (fortgesetzt) zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhlen besonders bei Grippe, Heiserkeit, Halsentzündung, Ver-schlammung. Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien. **Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung** beste Fabr. gr. Auswahl, Verk. meterw. sic **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gertraudenstr. 6a 20-21.



Ist es noch möglich?

Tun Sie uns den Gefallen, diese Frage gerecht zu entscheiden, und Sie werden den kleinen Preisaufschlag für die gute MASSARY-Zigarette maßig und begründet finden. **MASSARY-CLASSE 50.8**

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfert tells auf Seide jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, usw. billig! Pelzwaren: Kreuzföcher 300, Zobelföcher 400. Blau-, Silberföcher a. Skunks, Wölfe, Luchse, Sportpelze 300, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren.

Raubtiere in der Großstadt.

Dressurkünste. — Wie sie leben und arbeiten.

Man weiß aus dem Berliner Zoo, daß er seinen Pfleglingen lediglich drei Pflichten auferlegt: das Fressen, das Schlafen und das Sichbeguckenlassen. Sie führen, so will es dem Besucher scheinen, hinter ihren Gefängnisgittern ein beschauliches Dasein. Man freut sich, wenn sie nur erhalten bleiben und möchte sie sozusagen am liebsten für die Ewigkeit konservieren. Welch ein Leben von Mühen und Arbeit — und noch dazu meist widerwillig geleisteter Arbeit — führen dagegen die Tiere, die zurzeit in der Hagenbeck-Schau in der Potsdamer Straße Abend für Abend in der Manege ihre angelegenen Kunststücke einem schaulustigen Publikum zeigen.

In der Manege.

Unter Peitschenschall und Pistolenschüssen eilen Löwen in die umgitterte Manege und nach einigen Wendungen besteigt jeder der Herrschaften seinen kleinen, hölzernen, mit Farben buntemasteten Thron. Wie sie mit Zähnen fleischen, ein heiseres Brüllen ausstoßen und jede Bewegung ihres Meisters verfolgen, der, mit Peitsche und Revolver bewehrt, sie mit harten Augen im Schach hält. Im Bogen schleichen sie, geduckt und gar nicht königlich, um den Dompteur, der sie mit Blicken verfolgt, auf ihre Plätze. Ganz langsam und wohlüberlegt sind alle Bewegungen des Dompteurs. Wäre er heftig oder gar tölpelhaft, würde der Bann seiner Herrschaft gebrochen sein. Zum Schlusse zwingt er seine Untertanen, sich gemeinsam niederzuliegen, wobei sie alle die Blicke auf ihn gerichtet haben, und dieses Bild, das die großen Tiere im Staube vor einem aufrechtstehenden Menschen zeigt, der als Zeichen seiner Herrschaftsgewalt die Peitsche in der Faust hält, mutet an wie ein Symbol diktatorischer Gewalt, die jeden Augenblick um ihren Bestand besorgt sein muß.

In ähnlicher Weise produzieren sich die Tiger, die einen noch weit gefährlicheren Eindruck machen, weil ihre Gewandtheit, ihre Geschmeidigkeit, mit der sie um ihren Bändiger herumzuschleichen, viel augenfälliger ist als die der Löwen, die im Vergleich zu ihren buntnessigen Kollegen sich etwas totpatzig ausnehmen.

Auch die Eisbären sind nicht so harmlos, wie viele der Besucher wohl annehmen. Sie werden als besonders hinterlistig bezeichnet. Dann gibt es da noch kaukasische Bären, Bippnbären, Kamele, Elefanten, australische Wasserbüffel, Lamas, Bergziegen und Pferde, eine reichhaltige Menagerie.

Hinter der Zeltwand

Sind die Käfigwagen, die eine Länge von 5 bis 6 Metern haben und in denen immer drei bis vier Tiere einquartiert sind. Da liegen sie in dem kahlen Raum dicht aneinander gekuschelt im Stroh. Die Wagen können völlig geschlossen werden, so daß die Tiere einermachen vor der Kälte geschützt sind. Anfanglich gehen sie nicht willig in das Gefängnis, aber bald gewöhnen sie sich daran. Eigenartig mag die Tatsache scheinen, daß die in der Gefangenschaft geborenen Raubtiere milder und schwächer zu zähmen sind, als die in der Freiheit aufgewachsenen. Es ist gerade so, als ob die Natur die hervorragendste Eigenschaft dieser Tiere bewahren möchte. Von den hier vereinigten Tieren ist eine ganze Anzahl in der Gefangenschaft groß geworden und in einem Wagen spielen kleine sechs Monate alte Löwen, die immerhin die Größe eines ansehnlichen Hundes haben. Die Aufzucht der Raubtiere ist sehr schwierig. Es kommt sehr oft vor, daß die Mutter ihre eigenen Jungen frisst. Vier junge Tiger, die ½ Jahre alt waren, stöten vor einiger Zeit einen ihrer Brüder und begannen ihn aufzufressen. Es kommt auch sonst noch vor, daß die Tiere übereinander herfallen und sich zerfleischen.

Eine Legende

erzählt, daß man diese Tiere durch Grausamkeiten dressiere. So wird gesagt, daß man Bären auf heißen Platten das Laugen lehre, daß man durch Feuer die Tiger und Löwen händige. Nichts wäre verkehrter als solch ein Vorgehen. Ganz im Gegenteil muß Gewalt fast völlig vermieden werden, da die Tiere außerordentlich schreckhaft sind. So erschreckte sich ein Tiger im Laufgang (der Gang, der die Manege vom Käfig trennt) und war weder durch Gewalt oder irgendwelche Lockmittel zu bewegen, diesen Gang zu passieren. Er mußte an einen zoologischen Garten als Schauattraktion abgegeben werden. Beim Beginn der Löwendressur geht der Dompteur mit einem tragbaren Holzgitter gegen die

Löwen vor, die meistens dagegen anspringen, bis sie das vergebliche ihres Bemühens einsehen. Es gibt auch solche, die von vornherein versuchen, in den Rücken des Bändigers zu gelangen. Es gehört also viel Geistesgegenwart, Gewandtheit und Kraft dazu, mit diesen Tieren zu arbeiten. Wenn man sie zur Gruppenbildung auf irgendeinen Platz haben will, legt man Lederbissen an den betreffenden Stellen nieder. Sie gewöhnen sich bald so sehr daran, diese Plätze aufzusuchen, daß man ihnen diese Lederbissen vorenthalten kann. Bei Löwen und Tigern nimmt man Fleisch, die Bären ziehen Brot, Honig und Zucker vor. Während des Krieges war die Ernährung der Tiere infolge des Fleischmangels sehr schwierig und viele von ihnen sind daher eingegangen. Uebrigens sind sie gar nicht so gefräßig, wie man es sich wohl vorstellt. Ein ausgewachsener Löwe begnügt sich täglich mit etwa 15 Pfund Fleisch.

Die Dompteure

begannen ihre Laufbahn meist als Tierwärter. Sie müssen die Charaktereigenschaften ihrer Schutzbesten sehr genau kennen und vor allem ein hohes Maß von Willenskraft und Selbstbeherrschung besitzen. Ein Dompteur versichert, daß er nie und in keinem Augenblick ein Gefühl der Angst vor den Tieren habe, sondern sich völlig als ihr Herr fühle, und er streichelte dabei die Bestien, die an den Gittern ihres Käfigs schnupperten, so daß man ihm sehr wohl Glauben schenken darf. Es ist aber auch vorgekommen, daß Löwen im Alter von 16 und 17 Jahren, die im allgemeinen als gutmütig galten, plötzlich eine unerklärliche Wildheit zeigten und dann auf den Dompteur losgingen. Vor Schüssen und Peitschenschall haben diese Tiere eine merkwürdige Angst.

Wo kommen die Tiere her?

Während die Löwen und Tiger meist schon in der Gefangenschaft geboren wurden, sind die Eisbären als junge Babys gefangen worden. Mit diesem Geschäft geben sich insbesondere die Fischer des nördlichen Norwegens ab, die, nachdem sie die Alten verjagt, das Junge mit einem Reij fangen. Das Jagdgebiet liegt meist in Spitzbergen, auch Island und Grönland kommen in Frage.

Elefanten werden aus Indien und Sumatra bezogen. Der Preis für einen „kleinen“ Elefanten bewegt sich so um ¼ Million Mark herum. Der Kaukasus liefert die braunen Bären und Afrika die Kamele, die Wasserbüffel aber haben in Australien das Licht der Welt erblickt. Aus allen Teilen der Erde hat man sie geholt und nun reisen sie in kleinen Käfigen von einem Ort zum anderen. Ueberall ist die Menge bereit zu schauen und Beifall zu klatschen, denn sie sind auch in den Riesensäbden Europas keine Alltäglichkeit.

Um den Stadtverordnetenvorsteher.

Zur Wahl des Stadtverordnetenvorstehers hat die Zeitungskorrespondenz eines deutschsozialistischen Stadtverordneten die Mitteilung verbreitet, die bürgerlichen Fraktionen hätten „sich darüber geeinigt, dem Ergebnis der Stadtverordnetenwahl bei der Befragung des Vorsteherpostens Rechnung zu tragen, und einmütig als ihren Kandidaten den Stadtverordneten Reichswirtschaftsminister a. D. Dr. Scholz benannt“. „Die bürgerliche Mehrheit Groß-Berlins würde“, behauptet diese Korrespondenz, „es nicht verstehen, wenn wiederum an die Spitze des Stadtparlaments auch unter den veränderten Verhältnissen ein Sozialist gestellt werden würde.“

Die Berechtigung des parlamentarischen Grundgesetzes, daß der Posten des ersten Vorstehers selbstverständlich mit einem Vertreter der stärksten Fraktion zu besetzen ist, wird auch durch das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl nicht widerlegt. Die Wahl hat zwar den bürgerlichen Fraktionen zusammen ein paar Mandate mehr gebracht als den drei linksstehenden Fraktionen zusammen, aber zugleich hat die Verschiebung innerhalb der Linken die sozialdemokratische Fraktion zur stärksten der ganzen Stadtverordnetenversammlung ge-

macht, so daß jetzt der erste Vorsteher aus ihren Reihen entnommen werden muß.

Wir finden, daß die Größe und Macht der bürgerlichen Mehrheit im Rathaus denn doch überschätzt wird. Diese Ansicht ist wenigstens den Demokraten bereits gekommen. Im „Berliner Tageblatt“ führt der demokratische Stadtverordnete Dr. Paul Michaels aus, daß die nichtsozialistische Mehrheit bei der Einzigkeit ihres Uebergewichtes keine selbständige Kommunalpolitik treiben können. Er hält eine Verständigung der bürgerlichen Demokratie mit der sozialistischen Demokratie für wünschenswert und sagt, daß die Vorsteherwahl die erste Probe auf diese Verständigung bedeuten werde.

Gegenüber der Kandidatur des Deutschsozialisten Dr. Scholz erklärt die „Freiheit“ nochmals, daß „gar kein Anlaß besteht, von dem Gewöhnheitsrecht der stärksten Fraktion abzuweichen“.

74 000 Erwerbslose in Berlin.

Ein Beschluß der Fraktionsführer im Berliner Stadtparlament. Gelegentlich einer Besprechung der Fraktionsvorsitzenden der Berliner Stadtverordnetenversammlung beim Ueberbürgermeister Böß meldete sich eine Abordnung der Neufährner Erwerbslosen, um den Kostendruck vorzutragen, in dem sich die immer noch zahlreichen Erwerbslosen Berlins befinden. Sie bezifferten sich zurzeit auf etwa 74 000. Im Anschluß hieran wurde beschlossen:

Die Vorstände sämtlicher Fraktionen richten durch den Herrn Oberbürgermeister an den Herrn Reichsarbeitsminister die Bitte, sofort alle Mittel zur Behebung der augenblicklich dringenden Not der Erwerbslosen anzuwenden. Die Angelegenheit ist so dringend, daß wir diesen Weg wählen, weil ein Aufschub bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung unübersehbare Folgen nach sich ziehen müßte.

Roch. Dr. Weyl. Caspari. Braun. Czerninski. Lange. Müller-Franken. Göbel.

Oberbürgermeister Böß hat sich sofort mit dem Reichsarbeitsminister und dem preussischen Wohlfahrtsministerium wegen unverzüglicher Erhöhung der infolge der Geldentwertung nicht mehr zureichenden Bezüge der Erwerbslosen in Verbindung gesetzt.

Ein Generalvertreter Köhns vor Gericht.

Ein Konkursprozeß, der einen Einblick in die Praktiken der Generalvertreter der Weitzkonzerne gewährte, wurde vor der 45. Zivilkammer des Landgerichts I verhandelt.

Der Militäranwärter F. und der Kalkulator N. hatten ihre gesamten Ersparnisse — und zwar F. in Höhe von 16 000 M. und N. in Höhe von 3900 M. — durch den Generalvertreter des Köhnskonzerns Kaufmann Grijns bei dem Weitzkonzern angelegt. Nachdem Köhn in Konkurs geraten war, hatten die Geschädigten durch ihren Rechtsbeistand einen Arrest gegen G. beantragt, der auch vom Landgericht ohne mündliche Verhandlung erlassen war. Hiergegen hatte der Rechtsvertreter G.'s, Justizrat Dr. Cohn-Biederer, einen Widerspruch eingelegt, über welchen im Termin beim Landgericht I verhandelt wurde.

Im Termin mochte der Vertreter G.'s geltend, daß sein Auftraggeber ein stellungsloser Kaufmann sei, der vom Weitzbetrieb keine Ahnung habe und daher selbst von Köhn getäuscht worden sei. Das ganze Verfahren bedeute lediglich den Versuch, sich beim Verlagen des Hauptgläubigers an eine unbedeutende Person zu halten. — Demgegenüber betonte der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Schweiger, daß die Weitzkonzerne niemals ein derartiges Unheil, wie geschehen, hätten anrichten können, wenn nicht die Generalvertreter für enorme Provision das große Publikum an sich gelockt und getäuscht hätten. Dr. Schweiger suchte dann durch Ueberreichung von eidstattlichen Versicherungen nachzuweisen, daß G. noch nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit Einzahlungen angenommen und andererseits noch nach Beginn der Liquidation Auszahlungen in voller Höhe, insbesondere auch an nahe Familienangehörige gemacht habe. Zur Glaubhaftmachung für letztere Behauptung überreichte der Rechtsvertreter der Kläger einen eingehenden Bericht eines hiesigen Handelsreferenten. — Demgegenüber betonte der Rechtsvertreter G.'s, daß dieser sich zu seinem Vorgehen berechtigt gehalten habe.

Das Gericht leitete die Entschlebung des Rechtsstreites auf den 18. November an, die von prinzipiellem Interesse für alle diejenigen Kunden von Weitzkonzernen sein dürfte, die ihr Geld auf Veranlassung von Generalvertretern der Konzerne angelegt haben.

hier düster und vergittert. Gras wuchs zwischen dem holperigen Pflaster.

In der Frauengasse spielten die Kinder auf dem Fahrdamm und auf den Weisblägen. Sie hockten auf den Steinbalustraden, auf den Schmiedegittern und den Steintugeln. Die Kinder waren das einzige, was dieser eingeschlafenen Gasse Leben gab. Ernst und schwer reckten sich die schlanken Häuser empor, in feierlicher, gravitätischer Würde. So hatte es hier ausgesehen, als Chodowicki seine lange Reise von Berlin hierher gemacht hatte... als Martin Opitz hier umherstolzte... als Paul Venede das frischgemalte Bild Remings einbrachte. — Die Kinder sangen ein helles, lustiges Lied. Leben und Traum vereinte sich wunderbar, verwunderlich. Was war echt? Was malte die Phantasie? Alles floß ineinander, ohne Grenzen, ohne Anfang und Ende.

Vor dem altersschwarzen Richter blieb er stehen. Die Figuren vor der Tür hatten abgedrochene Nasen. Ihre Gesichtser waren vom Regen abgeplattet. Drüber stand: „Gott gebe denen das ewige Leben, De eer Almosen tor Kirchen geben.“

Eine Gruppe Ausflügler kam; die Frau des Küsters schlüffelraffend voran. Sie gingen hinein. Die Tür blieb offen.

Hermann folgte ihnen und hörte eine Weile ruhig mit an, wie die Frau ihr Sprüchlein herleierte. Dann ging er fort und bog um die Pfeiler. Wie gut kannte er alles: Jedes Epitaph, jede Grabplatte des Fußbodens. Dort drüben lag Martin Opitz von Oberfeld, der ein Dichter gewesen war oder eigentlich nur ein literarischer Theoretiker. Aber immerhin einer, der der deutschen Sprache etwas zutraute, als ihr keiner etwas zutraute. Die Best hatte ihn erwürgt, als er vor dem Krieg herber gestochen war. Die Dichter hatten Pech hierzulande...

Hermann setzte sich in einen Stuhl mitten in die Reihe im Hauptstift. Von droben schante matt die Orgel. Hermann sah sich müde und eckend. Hier im feierlichen Kircheninnern fiel der trügerische bunte Schleier, den er sonst zwischen sich und das Leben zu legen vermochte. Alles wurde ernst und schwer.

Das Leben schlug keine dunkeln, kalten Wellen über ihn zusammen. Er wußte nicht aus noch ein. Es gab keinen Ausweg. Er sah das alles plötzlich klar und deutlich vor sich. Heute war ein Wechsel fällig, in vierzehn Tagen ein

anderer. Wenn er den nicht zahlte, ging der Schein an den Vater. Und was dann? Hermann sah alles voraus. Der Vater würde ihn prüfen, und er würde kalt und ruhig wie ein Römer sagen: „Die Unterschrift ist falsch.“ Und wenn er sich ihm zu Füßen werfen würde und Abbitte tun und Besserung geloben, — er würde dennoch sagen: „Der Wechsel ist falsch, er ist von einem Betrüger.“ Oh, Vater hatte es leicht, kalt und ruhig wie ein alter Römer zu sein. Nie war das Leben ihm genah. Nie hatte es ihn gelockt. Er war Kaufmann schon in der Wiege und kannte keinen anderen Ehrgeiz und keine anderen Träume, als sein Geschäft zu halten und wenn möglich hochzubringen.

Hermann stand auf. Er ging in das Seitenschiff, da, wo die alten zerfetzten Fahnen wehten. Dunkel und schwer hingen sie herab. Sie träumten von Siegen, denen sie nicht mehr vorangerauscht wie ihre glücklicheren Brüder. Wie leicht träumten sie auch von der Stunde, da sie zum letzten Male über der Gruft des gefallenen Führers gehangen hätten. Fanfarenstöße hatten sie gebläht, Kugeln hatten sie verumdet, der Jubel der Soldateska, der Furch des leidenden Volkes hatte sie getroffen. Sie waren in fester Mannesrüstung über fremde Länder und Meere getragen worden. Sie waren das Symbol und der Halt erregter, fiebernder Menschen gewesen. Sie hatten gelebt und konnten nun gut hier ruhig verwittern und zugrunde gehen.

Aber wo waren seine Fahnen? Welche Siege hatte er denn erfochten? Hatte er denn überhaupt gelebt? Wie viel war das Leben ihm doch schuldig geblieben! Er lehnte sich an das Geländer der Treppe, die zur Kanzel emporführte.

Es war nutzlos, darüber nachzudenken. Die Romantik dieser Stadt hatte ihn betäubt und verwirrt. Sie hatte das Leben in bunten, trunkenen Farben gemalt, das Leben, das doch grau in grau war und das aus Raketen und Additionen bestand. Es hatte ihn in die Höhe gerissen, in Zeiten, wo er sich auf der Erde hätte im Gleichschritt üben müssen. Die Stadt hatte schuld...

Hermann setzte sich auf eine Stufe der Kanaltreppe. Alles war dumm und grenzenlos widerspruchsvoll und ohne Hoffnung. Ohne Hoffnuna? Wenn ihn eine liebte, so ganz aus aller Seele, mit aller Hingebung liebte, würde alles gut werden. Und plötzlich sah er ganz deutlich Fräulein vor sich, ihre schlanke Gestalt, ihren leichten und doch sicheren Schritt, ihr junges, ernstes Gesicht.

(Fortf. folgt.)

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Dann hatte Hermann zu verzweifeltsten Mitteln gegriffen, an die er nicht denken konnte, ohne daß ihn der Schweiß übermann. Ein Glas Wein half dann: abschütteln — durchschauen durch die Welle — man kam schon wieder ans Licht!

Er ging durch das Grüne Tor über den Langen Markt. Er kannte jedes Haus. Das da drüben hatte Schläfer in seiner Jugend gebaut. Dort hatte der Reformator Pantradius Klemme gestanden, umjachtet vom Volk. Ueberall war etwas gesehen, das weiterwirkte. Das alles recht schreiben zu können, Rebel und Licht recht zu verteilen, bis alles körperlich, statuenhaft da stand! Konnte er das? Hatte er überhaupt dichterisches Talent? Die Freunde in Berlin sagten Ja. Ueber ein gut empfundenes Gedicht, über eine hingehauchte Skizze hatte er es nie hinausgebracht. Reichte das aus — mein Gott — ein Leben darauf zu gründen? Ein Leben ist so lang. Ein Leben will so viel. Und draußen drängten sie Ellenbogen an Ellenbogen.

Wenn er durch die alten Gassen ging, sah er die Schatten, die in den Winkeln lauerten und nach Erlösung schrieen. Er hörte fremde Kommandos und sah seidene Standarten und vernahm Fanfarenklang. Er sah sie ringen mit deutscher Fähigkeit. Paläste und Kirchen wuchsen auf. Neben der Kelle und dem Kelch lag das Schwert. Er hörte den Schall des Sackens und Singens bei den wenigen Festen, die man sich gönnte. Er sah die alten Kraweels und Galesiden hinausfahren in die neuentdeckte Welt. Alles lebte, atmete, blühte um ihn. Aber sobald er sich zum Schreiben hinsetzte, verflieg es. Was auf dem Papier blieb, war konventionell — Dinge, die schon tausendmal geschrieben waren. Die Prosa war ein hartes Metall. Man mußte Feuerrottem haften, sie zu schmelzen, — und den hatte er nicht. Oder man mußte ein feiner, vorsichtiger Filigranarbeiter sein, unermüdetlich feilend und die Schatten berechnend, die jede Erhöhung warf, — und die Geduld hatte er nicht.

Am Rathaus bog er ein, überquerte die Straße und ging um die Marienkirche herum. Gewaltig, fast gewaltsam stürmten die Steinmassen zum Himmel empor. Die hohen, spizen Fenster, die nach innen das bunte Licht hineinwarfen, waren

Verhaftung einer Fälschmünzerbande.

Der geprellte Geldgeber.

Eine weitverzweigte Fälschmünzergesellschaft betrieb die Herstellung falscher holländischer Guldennoten und wurde jetzt ausgehoben. Schon seit längerer Zeit tauchten in verschiedenen deutschen Städten in großem Umfang falsche holländische Guldennoten auf, zunächst 25-Gulden-Noten, dann besonders 60-Gulden-Noten. Die geschädigte Niederländische Bank entsandte zur Ermittlung der Fälschmünzwerkstatt, die man in Deutschland vermutete, den Chef der politischen Abteilung der holländischen Polizei nach Berlin, der sich mit dem Reichsbankdirektorium und dem Polizeipräsidenten in Verbindung setzte.

Wenige Tage später gelang die Festnahme der ganzen Gesellschaft in Berlin und Barmen. Dabei stellte sich heraus, daß man es mit einer gewerbmäßigen Fälschmünzergesellschaft zu tun hatte, die sich ausschließlich mit der Herstellung ausländischer, insbesondere russischer Rubelnoten beschäftigte. Der Hauptabnehmer in Berlin war der aus Rumänien stammende frühere Gutsbesitzer Baron von Burdja, der diese bei großen Darlehen, die er sich geben ließ, als Pfand hinterlegte, oder aber durch Russen und Gallier weitervertrieben ließ. Als dann das Drucken der Rubelnoten nicht mehr einträglich genug war, machte sich die Gesellschaft an die Nachahmung holländischer Guldennoten, die ebenfalls durch den Baron v. Burdja vertrieben wurden. Die Platten hatte der Photograph Paul Höfchen in Barmen hergestellt. Geldgeber zur Einrichtung der Fälschmünzwerkstatt war der Berliner Chauffeur Josef Schmidt, dem jedoch über mittlere Spielteile worden ist. Er hatte einem ihm befreundeten Kaufmann Heinrich Bomheuer aus Berlin 24000 M. geliehen, ohne zunächst zu wissen, für welches gewinnbringende Geschäft er diese Summe benötigte. Als dann Bomheuer mit weiteren Forderungen herantrat, verlangte Schmidt endlich zu wissen, um was für ein Geschäft es sich handelte. Man erklärte er dem Geldgeber, daß er mit dem Händler Grüner aus Barmen falsche ausländische Noten herstellen wolle und daß er schon das weiter verlangte Geld zahlen müsse, um nicht alles zu verlieren. Schmidt gab dann nach und nach auch 150 000 Mark her, erhielt aber insgesamt nur 24 000 M. zurück. Der Hauptgewinn war in die Taschen des Bomheuer und des Grüner gefallen. Auch die Verreiber hatten gute Geschäfte gemacht. Insgesamt wurden 14 Personen festgenommen, die Matten und andere Geräte beschlagnahmt.

Erneute Beschickung von Vorort- und Stadtbahnzügen.

Die Schiefererien auf Vorort- und Stadtbahnzügen häufen sich in den letzten 14 Tagen wieder sehr. Die Anschläge lassen erkennen, daß es sich anscheinend in allen Fällen um ein und denselben Täter handelt. Es ist nur einem Zufall zuzuschreiben, daß bisher keine Personen durch die Schüsse selbst verletzt worden sind. Bisher kamen diese mit Verwundungen durch Glasplitter davon.

Anschläge wurden verübt zwischen Romowes und Neubabelsberg, wo der Schütze aus dem Walde heraus schoß, zwischen den Stadtbahnhöfen Barle und Alexanderplatz, zwischen den Stationen Oberpree und Niederschöneweide-Johannistal, in Charlottenburg zwischen den Bahnhöfen Zoo und Savignoplatz, zwischen Karlshorst und Sabowa und bei Baumshuldenweg. In letzterem Falle schoß der Täter aus einem anderen vorbeifahrenden Zuge. Zwischen Karlshorst und Sabowa zielt er vom Walde aus auf einen vorbeifahrenden Güterzug und traf auch die Scheibe des Packwagens, ohne aber auch in diesem Falle Personen zu verletzen. Von seiten der Eisenbahndirektion ist auf die Aufklärung eines jeden Falles eine Besoldung von 5000 M. ausgesetzt. Zweekdienliche Angaben sind bei Kriminalkommissar Dr. Niemann im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidenten zu melden.

Der Bußtag auf der Eisenbahn.

Wie bereits kurz gemeldet, beschäftigt die Eisenbahnverwaltung zur Bewältigung des zu erwartenden Zugverkehrs nach den Friedhöfen eine Reihe von Entlastungszügen zu fahren, die den fahrplanmäßigen Zugverkehr entsprechend den Anforderungen des Verkehrs ergänzen sollen.

So werden nach Ahrensfelde Friedhof vom Schleifchen Bahnhof, Briegerer Bahnsteig, in jeder Richtung zwei Züge am Bußtag und am Totensonntag gefahren. Ferner werden am Bußtag zwischen Grünwald und Stahnsdorf Friedhof drei von der Stadtbahn kommende Züge durchgeführt, die vom Bahnhof Friedrichstraße um 1.27, 2.27 und 3.27 nachmittags abfahren und in Stahnsdorf um 2.19, 3.19 bzw. 4.19 nachmittags eintreffen. In der Gegenrichtung fahren auf dieser Strecke außer den planmäßigen Zügen um 2.49, 3.49 und 4.49 nachmittags Züge, die über die Stadtbahn geführt werden. Auf der Ringbahn werden zur Erleichterung des Besuchs der Friedhöfe in der Hermannstraße, in Lichtenberg, Weissensee und Westend halbstündlich Einschläge zwischen Westend und Hermannstraße am Bußtag wie auch am Totensonntag gefahren werden. Der erste dieser Einschläge fährt von Westend um 12.03 mittags ab, der letzte um 5.33 nachmittags; der erste Einschlag von Hermannstraße beginnt dort um 1.32, der letzte um 6.02 nachmittags.

Auch die Straßenbahn wird an beiden Tagen einen verstärkten Betrieb auf allen für den Verkehr nach und von den Friedhöfen in Frage kommenden Straßenlinien einrichten und besondere Vorkehrungen treffen, den Verkehr bei unvorhergesehenem starken Andrang weiter zu verstärken.

Eine Mahnung an die Hauswirte. Die Hauswirte und die Hausverwalter werden erneut daran erinnert, daß es ihre Pflicht ist, bei Schneefall die Bürgersteige zu säubern und mit Sand oder Asche so zu bestreuen, daß ein Ausgleiten möglichst ausgeschlossen ist. Diese Mahnung wird dringend der Beachtung empfohlen, da sich jetzt täglich schwere Unfälle infolge Ausgleitens ereignen und die Verunfallten eventuell Schadenersatzansprüche an die zur Säuberung der Bürgersteige Verpflichteten stellen können.

Die verbotene Schlagsahne. Im Interesse der bedrohten Milchversorgung wurde von den zuständigen Stellen am 14. Oktober eine Verordnung erlassen, nach der die Herstellung von Schlagsahne aller Art verboten ist. Da sich viele Viehhäuser noch nicht von diesem langentbehrten Genus trennen können, wird abermals an diese Besorgung erinnert. Durch unaufsichtliche Kontrolle von Privatstreifen der Schlagsahne werden auch weiterhin die Kaffees, Konditorien, Hotels und Gastwirtschaften auf die Durchführung dieser Bestimmung beobachtet werden. Bei nachweislichen Verstößen kann sogar die Handelskonzession entzogen werden.

Nachricht. SPD-Gesellschaft. Am Mittwoch, 16. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im Bürgerheim, Alte Schönhauser Straße 33/34: Vollversammlung der SPD-Fraktion des Reichstages. Verkaufsstellen, die in der Fraktion nicht vertreten sind, werden hiermit um Entsendung eines Vertreters ersucht. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches. Wichtige Tagesordnung. Niemand darf fehlen!

Die Arbeit für das Berliner Adreßbuch 1924 (Erstausgabe April u. J.) ist jetzt in vollem Gange. Zum ersten Male die Einheits-

gemeinde Groß-Berlin umfassend, wird das Werk jetzt auf alle Branchen erweiternd ausgearbeitet werden können. Am Interesse des Einzelnen wie der Gesamtheit liegt es, daß die durch Hausfrauen oder Vertreter erbetenen Angaben genau und vollständig gemacht werden. Vor allem wollen sich Handels-, Industrie- und Gewerbetreibende ihrer Eintragungen im Adreß- und Werberverzeichnis versichern. Auf Anfragen hierfür, wie auch über die Bezugsbedingungen gibt die Geschäftsstelle des Berliner Adreßbuches, Berlin SW 68, Zimmerstr. 41, Auskunft.

POSTABONNENTEN

welche auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ legen und eine Unterbrechung in der Zustellung nicht wünschen, müssen die Erneuerung des Postbezuges in den Tagen vom 15. bis 20. d. M. bei dem zuständigen Postamt vornehmen. Der Bezugspreis beträgt einschließlich Zustellungsgebühr 12 Mark.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Groß-Berliner Parteinrichten.

Heute, Dienstag, den 15. November:

1. Kreis Mitte, 7 1/2 Uhr bei Schütz, Am Köpenickerpark 2. Thema: „Regierungsbildung und Koalition“. Referent Landtagsabgeordneter Köpcke.
2. Kreis Charlottenburg, 7 1/2 Uhr im Schiller-Kongresssaal, Schillerstraße 26. Thema: „Regierungsbildung und Koalition“. Referent Konrad Josenfels.
3. Kreis Niederschöneweide, 7 1/2 Uhr in der Schulaula Berliner Str. 31. Thema: „Partei und Koalition“. Referent Erich Kautner, M. d. B.
4. Uhl. Spandau, 7 1/2 Uhr im Reichlichen Zeitl. Kaffeeh., 6. Ede Dismarckstraße. Thema: „Die politische Lage und Koalition“. Referent Kurt Kiekmann.
5. Uhl. Halensee, 7 1/2 Uhr bei Schwab, Paulsenstr. 22. Ede Schwednitzer Straße. Thema: „Gleich und die Koalition“. Referent Genosse Franz Reinhardt.
6. Uhl. Schöneberg, 7 1/2 Uhr im Mittelbürgerverein im Kaiserhof, Volkmannstr. 20. Thema: „Die Koalition in Preußen“. Referent Robert Frenkel.
7. Uhl. Westend, 7 1/2 Uhr im Rest. Lindenpark, Wilhelmstraße. Thema: „Die politische Lage und Koalition“. Referent Heinrich Wierhöfer.

8. Uhl. Schöneberg, Die Parteiführer holen das Material für eine wichtige Parteiveranstaltung von 6 Uhr ab beim Genossen Händel, Nordbergsche 11, ab.
9. Kreis Mitte, 7 Uhr in den bekannten Sozialen Kaffeehäusern der Bezirke 14 u. 19, 27 u. 32, 38 u. 41, 45 u. 50, 52 u. 78. Erfolgenen Pflicht. Versucht wichtige Parteiveranstaltungen. — 60. Uhl. 7 1/2 Uhr nachfolgende in folgenden Sozialen: Bez. 47, 50, 54 und 60 bei Witt, Juchten, Ede Bellingstraße; Bez. 70, 71, 81 und 82 bei Habel, Prinz-Halbturn, Ede Kollstraße; Bez. 83 und 84 bei Braun, Kiefern, Ede Kollstraße; Bez. 74 und 75 bei Schütz, Hermannstr. 186. Erscheinungen aller Mitglieder Pflicht.
10. Uhl. Westend, Wegen der wichtigen Parteiveranstaltung am 15. d. M. findet der Kaffeeabend erst am Mittwoch, den 16. November, statt. Um nach schließlichen Besuch der Kreismitgliederversammlung nicht zu verpassen.
11. Uhl. Westend, 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Jochims, Eintrachtstr. 2. Wichtige Tagesordnung. Erscheinungen notwendig.
12. Uhl. Westend, 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Weider, Wissenchaftlicher Vortrag. Referent Dr. Rosow.
13. Uhl. Westend, Gruppe Schöneberg-Friedrichshagen: Jungsozialisten und Arbeiterjugend: Festliche Versammlung im Feldensaal der Feurig-Schule, Neuenhagenstr. 17. Thema: „Gemeinschaftsfeier“. Referent Frau Dr. Wegscheider, M. d. B.

Morgen, Mittwoch, den 16. November:

14. Kreis Reinick-Bez. Vormittags 10 Uhr außerordentliche große Funktionäerversammlung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 119. Thema: „Wirtschaftspolitik“. Referent Genosse Kiepsch.
15. Uhl. Westend, 7 Uhr nachfolgende der Bezirke 46 u. 59 bei Dohle, Richardstr. 42. Parteiführer Sitzung.
16. Uhl. Westend, 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Süß, Tredehofstraße 61. Thema: „Die Parteiveranstaltung in Preußen“. Referent Emil Seemann.
17. Uhl. Reinick-Bez. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Bürgergarten, Hauptstr. 112. Thema: „Die Koalition und die politische Lage“. Referent Robert Frenkel.
18. Uhl. Westend, 7 1/2 Uhr bei Böttcher, Waldsee, Ede Berliner Chaussee, Mitgliederversammlung.
19. Uhl. Westend, Vormittags 10 Uhr Funktionäerversammlung im Jugendheim.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend, Sekretariat: G.M. 55, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: 121 08-10.

Heute, Dienstag, den 15. November:

1. Kreis Prenzlauer Berg: Jugendheim Grödenstraße 6. Vortrag: „Die Buchdruckerkunst“. — Kaiserliches Volkshaus: Jugendheim Grödenstr. 42. Vortrag: „Das Sozialistensymbol“. — Steglitz: Jugendheim Johanna-Eigen-Str. 28. Vortrag: „Stiermarken“. — Reichshagen: Jugendheim Glogauer Straße 12/16. Referent: „Magim Carl“.

Morgen, Mittwoch, den 16. November:

1. Kreis Prenzlauer Berg: Beschäftigung der Konsumgenossenschaft. Treffpunkt 8 Uhr Hof. Schönhauser Allee.

Am Montag, den 16. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Schiller-Theater Christlobung eine Theateraufführung statt. Zur Aufführung gelangt „Der Reineckener“ von August Strindberg. Karten à 6,00 M. sind im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, zu haben.

Aus aller Welt.

Schwere Benzinexplosion.

In der Lackfabrik Kautz in Dögheim bei Wiesbaden explodierte ein Benzinkanister. Das vierstöckige Gebäude stürzte in sich zusammen und bezug fünf oder sechs Arbeiter unter seinen Trümmern. In der gegenüber liegenden Fabrik wurden sämtliche Fenster Scheiben zertrümmert und durch Glasplitter etwa hundert Arbeiterinnen zum Teil erheblich verletzt. Auch am Gebäude und an den Parkainen wurde sehr großer Schaden angerichtet. Die Vorräte der hantischen Lackfabrik gerieten in Brand, der abends noch fortwährte.

In Paris explodierte Montagmorgens ein Luftkompressor in einer Automobilfabrik. Es entstand ein Brand, der schnell gelöscht werden konnte. Die Explosion forderte zehn Opfer.

Einbruch bei Konsulaten. Als Montag das japanische Generalkonsulat in Hamburg geöffnet wurde, stellte man fest, daß Einbrecher dort eine 18karätige goldene Perlenkette nebst Kette, deutsches und amerikanisches Geld im Gesamtwert von über 1 Million Mark geraubt haben. Ein zweiter Konsulats-Einbruch ist Sonntagabend beim polnischen Generalkonsulat verübt worden, hier aber mißglückte die Diebstahl- und Verwüsthung wieder abgeblieben.

Wirtschaft

Zur Erhöhung der Margarinepreise.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand eine Konferenz über die Erhöhung der Margarinepreise statt. An den Beratungen nahmen Vertreter des Margarineverbandes, der Arbeitergemeinschaft der Verbraucherverbände und der drei Gewerkschaftsrichtungen teil. Seitens der Produzenten wurden unter Vorlegung statistischen Materials die Gründe dargelegt, die eine Herabsetzung des Margarinepreises notwendig gemacht haben. Mit Nachdruck wurde auf Erzeugerseite darauf hingewiesen, daß der schlechte Stand der deutschen Saluta gerade bei der Margarinefabrikation einen so starken preissteigernden Einfluß ausübt, weil fast sämtliche Rohstoffe aus dem Auslande bezogen werden müssen. Dem von dem Gesamtpreis der Margarine entfällt nur ein verhältnismäßig geringer Teil — etwa ungefähr ein Fünftel des Wertes — auf Unkosten, Löhne, Frachten und sonstige Kosten, die zwar auch in deutscher Währung gezahlt werden. Dagegen stellen die eingeführten Rohstoffe die übrigen vier Fünftel des Wertes der Margarine dar. Eine Gegenüberstellung der Preise, die für ausländisches Rohmaterial (Ole und tierische Fette) am 1. November und am 11. November gezahlt werden mußten, ergab eine ganz ungewöhnliche Verteuerung innerhalb dieser kurzen Zeit.

Die Vertreter der Margarineindustrie erklärten sich bereit, beim Margarineverband dahin zu wirken, daß bei künftigen Preisfestsetzungen Vertrauensleute der Arbeitergemeinschaft der Verbraucherverbände und der Gewerkschaftsverbände hinzugezogen werden. Die genannten Organisationen werden zu diesen Beratungen Vertreter entsenden, die inständig sind, über die Berechnungen der Margarinefabriken ein Fakturteil abzugeben. Die amtliche Untersuchung der derzeitigen Margarinepreise findet ebenfalls unter Zuziehung von Verbrauchervertretern statt.

Die beabsichtigte Erhöhung der Kohlensteuer.

Der Kohlensteueraussschuß des Vorläufigen Reichsgewerksrates beriet den Entwurf eines Gesetzes über Veränderung des Kohlensteuergesetzes. — Die Steuer soll nach der Regierungsvorlage auf 40 v. H. des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen usw. Kohlen erhöht werden. Von Vertretern des Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministeriums wurde ausgeführt:

Durch erhöhte Besteuerung der Kohle wird die Ausfuhrabgabe ergänzt werden können. Dazu kommt, daß der niedrige Kohlenpreis die durchaus notwendige Sparmaßnahme im Kohlenverbrauch in Frage stellt. Der Inlandskohlenpreis wird auf den Selbstkostenpreis gehalten. Eine wesentliche Beeinträchtigung der Kaufkraft der Löhne durch die Kohlensteuerverhöhung dürfte nicht stattfinden. Die Preisbewegung ist auf fast allen anderen Gebieten längst vorangeht. Die Steuererhöhung wäre aus allen diesen Gründen zur Annahme zu empfehlen.

Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt, daß allenfalls ein Steuererhöhen von 30 Proz. als tragbar anzusehen sei. Die Erhöhung der Kohlenpreise würde das Niveau der Lebenshaltung der breiten Masse noch mehr herabdrücken, weitere Preissteigerungen auf anderen Gebieten zur Folge haben und außerdem dem Reiche nur eine vorübergehende finanzielle Erleichterung verschaffen. Auf jeden Fall würde der mögliche Vorteil die Erhöhung der Nachteile nicht aufwiegen. Von Verbraucherseite wurde erneut eine besondere Berücksichtigung des Hausbrandes empfohlen.

Der Ausschuß nahm den Entwurf mit Mehrheit unter Vornahme folgender Änderungen an: 1. Der Steuererhöhen soll nicht 40 v. H., sondern nur 30 v. H. betragen. Der Differenzierung wird im übrigen zugestimmt. 2. Die Ermächtigung des Reichsministers der Finanzen, den Steuererhöhen zu ermäßigen, soll nicht nur an die Zustimmung des Reichskohlenrats und des Reichsrats, sondern auch an die gutachtliche Anhörung des Reichswirtschaftsrats gebunden sein.

Die Besserung der Markt an der gestrigen Börse, von der wir bereits kurz berichteten, brachte im amtlichen Kurszeitel der auswärtigen Devisen folgende Änderungen: Der Dollar ermäßigte sich von 232 auf 237, 100 holländische Gulden von 9700 auf 8941, 1 Pf. Sterl. von 1107 auf 1069, 100 französische Franken von 2008 auf 1848, 100 Schweizer Franken von 5257 auf 4870. Infolge der Besserung der Saluta waren die Dividendenpapiere im Kurs gedrückt. Auffallend war, daß sich das Interesse in erhöhtem Maße deutschen Anleihen, und zwar den alten Wertpapieren zuwandte. So stieg die 3proz. deutsche Reichsanleihe von 89,50 auf 110, auch ältere preussische Anleihen erhöhten sich um einige Prozent.

Unsere diesjährigen Kartoffelvorräte. Angehts der Beunruhigung, die in großen Teilen der Bevölkerung über die Kartoffelversorgung besteht, wird über die vorhandenen Kartoffelvorräte von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Die bisherigen Erhebungen der Kartoffelernte beziffern sich auf 26818000 Tonnen gegen 28248000 Tonnen im Vorjahre. Die diesjährige Ernte beträgt also um etwa 1 1/2 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahre, trotzdem die Anbaufläche um etwa 10 Proz. größer war als damals. Die Ursache für diesen Ertragsrückgang ist vor allem die Dürre gewesen. — Für die Ernährung der Bevölkerung werden bei einer Ration von 6 Pfund wöchentlich pro Kopf 5,3 Millionen Tonnen erforderlich, bei einer Ration von 7 Pfund 6 1/2 Millionen Tonnen erforderlich sein. Das würde nicht ein Viertel der Gesamterzeugung ausmachen. Als Saatgut sind 6 1/2 Millionen Tonnen erforderlich, so daß mithin noch über die Hälfte zur Verwendung der Erzeuger freibleiben. Vor dem Kriege wurden vielleicht 2 Millionen Tonnen für gewerbliche Zwecke verbraucht; der Verbrauch hierfür ist in diesem Jahre eher geringer als früher, da die hohen Preise davon abhalten. Bis jetzt sind ungefähr 2 1/2 Millionen Tonnen in die Städte transportiert worden, d. i. etwa gleich viel wie im Vorjahre.

Der Oberpräsident von Hannover gegen den Ausverkauf. Gegen den Salutaverkauf hat der Oberpräsident der Provinz Hannover für den Bereich der Provinz Hannover eine Verordnung erlassen, nach der der Kleinhandelsverkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs an Ausländer und die Vermittlung solcher Verkäufe durch Banken verboten wird, soweit es sich nicht um die Deckung eines augenblicklich dringenden persönlichen Bedarfs handelt. Verstöße gegen die Bestimmung werden mit der höchst zulässigen Geldstrafe geahndet.

Russengeld. Blättermeldungen zufolge hat die Sowjetregierung Banknoten zu 1, 5, 10, 15, 20, 25 und 30 Millionen Rubeln ausgegeben. Aus diesen Banknoten soll das Grundkapital der Sowjetstaatsbank gebildet werden, das sich auf 2000 Milliarden Rubel beziffern soll. Die Sowjetregierung hat auch mit dem Verkauf der zaristischen Silberrubel begonnen.

DEGEAS Spar-Glühkörper 25 %
 Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
 Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O. 17 Gas-Ersparnis

